MIT GRÜNER MARKTWIRTSCHAFT DAS KLIMA RETTEN?

Klimagerechtigkeits-Check der Ampel-Regierung

konzeptwerk
neue ökonomie

INHALT

Zusammenfassung 3

Einleitung 7

Klimabudgets und Klimaziele 10

Wirtschaftssystem 17

Energiewirtschaft 24

Industrie 28

Verkehr 32

Landwirtschaft 36

Wohnen und Gebäude 40

Fazit 44

ZUSAMMEN-FASSUNG

ZUSAMMENFASSUNG
Klimagerechtigkeits-Check der Ampel

Nach der Bundestagswahl 2021 tritt die Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP mit dem Versprechen an, ein „Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ zu sein. Sie erkennt die Klimakrise als Bedrohung unserer Lebensgrundlagen an. Bereits im Wahlkampf war erkennbar, dass die Klimakrise im Vergleich zu vorherigen Wahlen zumindest rhetorisch zu einem der wichtigsten Themen geworden ist. Das ist allem voran der Erfolg einer globalen Bewegung für Klimagerechtigkeit, die seit Jahrzehnten auf die Bedrohung durch die Klimakrise und das Versagen parlamentarischer Politik aufmerksam macht. Mit dem vorliegenden Klimagerechtigkeits-Check schauen wir uns genauer an, welche Ziele sich die Ampel in Sachen Klimaschutz gesteckt hat, mit welchen Maßnahmen sie diese erreichen will und was das für globale Klimagerechtigkeit bedeutet.

Unser Fazit vorweg: Mit ihrer Klimapolitik holt die Ampel eine längst überfällige ökologische Modernisierung der deutschen Wirtschaft nach. Damit ist die Klimapolitik Deutschlands zwar ambitionierter als jemals zuvor, aber gleichzeitig vollkommen unzureichend, um die 1,5-Grad-Grenze einzuhalten. Denn ein „besser als bisher“ reicht angesichts der sich zuspitzenden und weit fortgeschrittenen Klimakatastrophe nicht aus. **Statt eine dringend notwendige Krisenpolitik zu verfolgen, die effektiv und schnell genug die deutschen Emissionen senkt und gleichzeitig die Gesellschaft gerechter macht, verharrt die Ampel im politischen „Normalbetrieb“.** Sie schürt die Illusion, die notwendige Transformation könne allein durch Infrastrukturpolitik – durch mehr erneuerbare Energie, Wasserstoff, Elektroautos etc. – gelingen, ohne dass sich die Lebens- und Produktionsweise ändert. Und auch wenn sie rhetorisch daran festhält, gibt die neue Regierung mit dem eingeschlagenen Pfad und der damit verbundenen Abwendung von einem nachvollziehbaren Klimabudget für Deutschland de facto den Anspruch auf, dass Deutschland einen angemessenen Beitrag zum Einhalten der 1,5-Grad-Grenze leistet. Damit erschwert sie die internationalen Bemühungen in diese Richtung.

Unsere Analyse zeigt: Das formulierte Klimaziel von Klimaneutralität bis 2045, zu dessen Umsetzung noch vielfach überzeugende Maßnahmen fehlen, läuft auf das Sechsfache (!) des verbleibenden deutschen CO_2-Budgets für eine 67%-Chance auf 1,5 °C hinaus. Selbst für eine 50%-Chance dürften nur noch zwei Fünftel der geplanten Menge ausgestoßen werden. Das gesamte verbleibende 1,5 °C-Budget für eine 67%-Chance wäre so mitten in der Ampel-Legislatur verbraucht, das für eine 50%-Chance im Jahr nach der nächsten Bundestagswahl (s. Abbildung 1)!

Eine zentrale Leerstelle der klimapolitischen Vorhaben der Ampel sind umfassende Antworten auf Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen. An vielen Stellen bleibt offen, wer die Kosten für Klimaschutz trägt. Die Regierung will zwar viel investieren, aber sowohl Neuverschuldung als auch höhere Steuern vermeiden. Auch auf globale (Klima-)Gerechtigkeitsfragen gibt die Ampel keine Antworten: Forderungen nach Reparationszahlungen für historische Klimaschulden werden ignoriert, während die „grüne“ Wachstumsstrategie neokoloniale Ausbeutungsverhältnisse bei der Gewinnung von Rohstoffen z.B für die Elektrifizierung noch weiter vertieft.

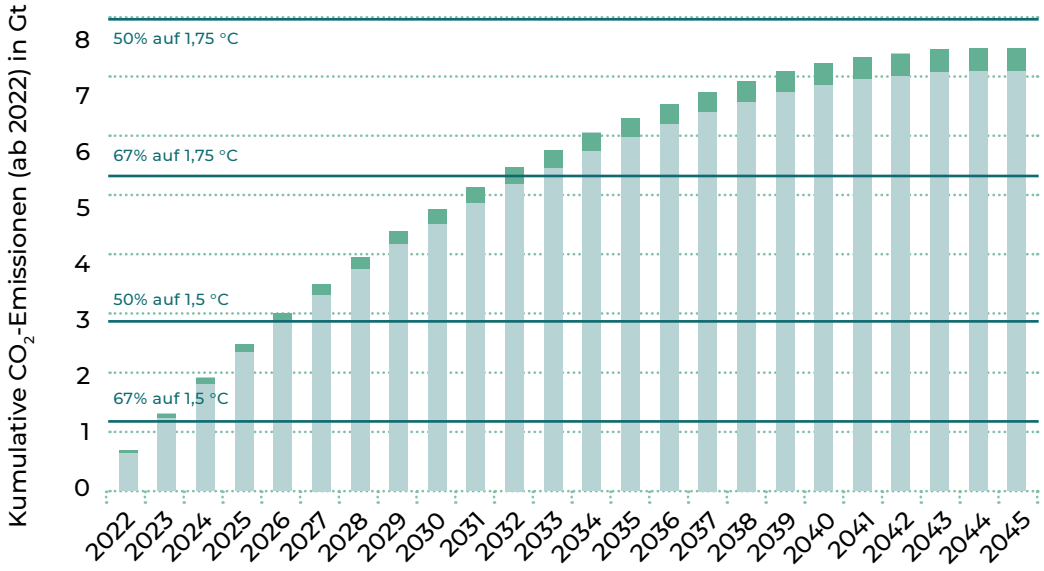


Abbildung 1: Vergleich der CO_2-Budgets nach Klimaschutzgesetz / Koalitionsvertrag (graue Balken) mit den zulässigen deutschen Gesamtemissionen für verschiedene Klimaziele (blaue Linien)

Unser Klimagerechtigkeits-Check der Ampelkoalition basiert auf einem umfassenden Kriterienkatalog, den wir mit den Zielen und Maßnahmen der Regierung abgleichen. Dieses Analyseraster übernehmen wir aus unserer Wahlprogrammanalyse „Ist Klimagerechtigkeit wählbar?“ vom August 2021. Die Bewertung erfolgt anhand der Einhaltung des verbleibenden Klimabudgets, den Vorschlägen der Ampel für einen grundlegenden Umbau der Wirtschaft sowie deren konkreten Vorschlägen zur **Entwicklung von Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr, Landwirtschaft und dem Bereich Wohnen/Gebäude.**

KLIMA-GERECHTIGKEITS-CHECK DER AMPEL IN KURZFORM

Budget
Die Ampel beansprucht das Sechsfache des noch verfügbaren deutschen CO_2-Budgets für global gerechte Pfade zu einer 67%-Chance auf 1,5°C.

Wirtschaftssystem
Die neue Koalition steht für eine ökologische Modernisierung im technischen Sinne, nicht dagegen für eine strukturelle und gerechte Veränderung des Wirtschaftssystems.

Energiewirtschaft
Der Ausbau der Erneuerbaren wird zwar stark beschleunigt, aber der Ausstieg aus den Fossilen nur inkonsequent verfolgt und Erdgasinfrastruktur sogar noch ausgebaut.

Industrie
Vor allem die Exportindustrien des Standorts Deutschland sollen mit staatlicher Förderung zu „grünen“ Marktführerinnen werden; es ist kein Rückbau energieintensiver Industrien geplant.

Verkehr
Im Mittelpunkt steht das E-Auto, daneben sollen auch Bahn und ÖPNV gestärkt werden. Doch Einschränkungen für Verbrennungsmotoren und Flugverkehr: Fehlanzeige.

Landwirtschaft
Der Ökolandbau soll erweitert werden; die Struktur der Landwirtschaftsbranche und speziell die Tierindustrie werden kaum angetastet.

Wohnen und Gebäude
Neubau mit erhöhten Energiestandards steht im Mittelpunkt; Gebäudesanierung und umfassende Städteplanung werden nachrangig behandelt.

Unsere Analyse verdeutlicht den verengten Rahmen aktuell diskutierter Instrumente und Maßnahmen:

Viel „Wirtschaftsstandort Deutschland“, wenig globale Klimagerechtigkeit:

Politiken für wirkliche Klimagerechtigkeit, wie eine faire Verteilung von Ressourcen oder Reparationen für historische Klimaschuld und die Folgen (neo-)kolonialer Ausbeutung, werden nicht einmal benannt. Auch Fragen danach, was „grünes“ Wachstum in Deutschland für den Rest der Welt bedeutet, wo die Rohstoffe herkommen und unter welchen Bedingungen sie abgebaut werden, spielen in den bisherigen Politikvorschlägen der Ampel fast keine Rolle.

Viel ökologische Modernisierung, wenig Rückbau:

Klimaschutzmaßnahmen finden insbesondere dort statt, wo sie mit Wirtschaftswachstum kompatibel sind, z.B. beim Ausbau der erneuerbaren Energien oder bei Elektroautos. Der gezielte Rückbau von klimaschädlicher Industrie, das aktive Verlassen von nichtzukunftsfähigen Technologiepfaden wie Verbrennungsmotoren, Kerosin-Flugzeugen oder fossil betriebener Landwirtschaft spielt kaum eine Rolle. Stattdessen sollen energieintensive Industrien beim Versuch der Dekarbonisierung unterstützt werden, ohne dass ihnen dabei Wettbewerbsnachteile entstehen dürfen.

Viel technische, kaum gesellschaftliche Innovation:

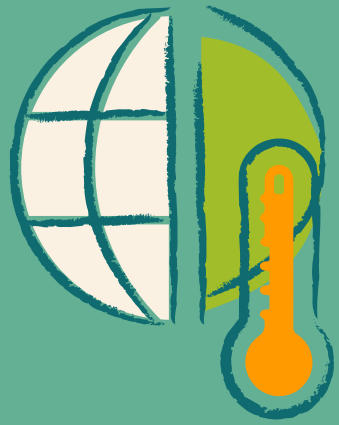
Zentrale Lösungsstrategie der Ampel zur Eindämmung der Klimakrise ist die technische Dekarbonisierung der Wirtschaft. Richtig ist: Ohne technische Innovationen lässt sich die 1,5 °C-Grenze nicht einhalten. Aber ein einseitiger Verlass auf grüne Technik bei fast vollständiger Vernachlässigung von Maßnahmen, die auch Verhaltensänderungen mit einbeziehen (Tempolimit, Verbot von Kurzstreckenflügen etc.) ist gefährlich. Der technische Umbau dauert angesichts schwindender Klimabudgets zu lange. Zudem bleibt unklar, ob technische Lösungen im benötigten Umfang rechtzeitig zur Verfügung stehen, welche globalen Umweltfolgen damit verbunden wären und inwiefern sich Wachstum und Emissionen bzw. Naturzerstörung überhaupt dauerhaft entkoppeln lassen. Sehr viel sicherere Strategien der gesellschaftlichen Veränderung wie die Reduktion von Produktion und Konsum (Suffizienz-Maßnahmen) kommen nicht vor.

Viel Marktvertrauen, wenig ordnungspolitische Steuerung:

Die Ampel setzt sehr stark auf die lenkende Wirkung des CO_2-Preises sowie auf Anreize und Subventionen für Wirtschaftsunternehmen. Ordnungspolitische Maßnahmen, verbindliche Standards und eine Demokratisierung der Transformation kommen nur am Rande vor. Die Koalition setzt in erster Linie auf die Regulation über den Markt. Gewinnorientierte Unternehmen werden als zentrale Akteure der Transformation gesehen – und entsprechend hofiert. Selbst überfällige Verbote wie Tempolimits oder ein Verbot von Kurzstreckenflügen bleiben außen vor.

Unser Klimagerechtigkeits-Check zeigt: Mit ihrem Programm wird die Ampel-Regierung Klimagerechtigkeit nicht umsetzen. Das heißt jedoch nicht, dass Klimagerechtigkeit nicht möglich ist. Es braucht den Einsatz der Zivilgesellschaft und sozialer Bewegungen für eine demokratische, soziale und klimagerechte Gesellschaft. Denn der Druck von unten verschiebt den Rahmen dessen, was möglich ist – auch unter einer Ampel-Regierung. An vielen Punkten steht die konkrete Ausgestaltung der Vorhaben ohnehin noch aus. Dafür zeigen wir einige Ansatzpunkte für die nächsten Jahre in den verschiedenen Sektoren auf.

EINLEITUNG



EINLEITUNG

Klimagerechtigkeit ist nichts, was eine neue Regierung einfach umsetzt. Klimagerechtigkeit braucht eine sozial-ökologische Transformation – eine grundlegende Systemveränderung, die deutlich über die aktuellen Pläne der Ampelkoalition hinausgeht und die durch soziale Bewegungen und die Zivilgesellschaft erkämpft werden muss – demokratisch und gemeinsam. Regierungen können aber die notwendige Transformation bremsen oder vorantreiben, verhindern oder absichern.

Wir geben mit dieser Analyse einen Überblick über die Klimapolitik der Ampel aus Klimagerechtigkeitsperspektive. Dies tun wir in einem Moment, in dem Dürren, Waldbrände und Überschwemmungen deutlich machen: Die Klimakrise ist nicht Zukunft, sie ist Gegenwart. Ihre Auswirkungen sind katastrophal und trotzdem noch harmlos gegenüber dem, was uns bei einer weiteren Erderhitzung erwartet. Daher müssen wir jetzt die Weichen stellen für eine Wirtschaft und Gesellschaft, die nicht nur klimaneutral ist, sondern klimagerecht. Eine Wirtschaft, in der wir also nicht nur Treibhausgase im Inland verringern – und zwar sehr, sehr schnell – sondern dabei die Gesellschaft gerechter machen und insgesamt nicht mehr auf Kosten der Umwelt und Menschen des globalen Südens leben. Solange wir an einem Wirtschaftssystem festhalten, das auf Wachstum und Ausbeutung beruht, reichen technische Änderungen hierfür genauso wenig aus wie persönlicher Verzicht.

Folgende Überzeugungen leiten unsere Analyse:

- Um einen katastrophalen Klimawandel zu verhindern, muss die globale Erderwärmung auf höchstens 1,5°C begrenzt werden. Aus diesem Ziel lässt sich ein verbleibendes Treibhausgas-Budget für Deutschland ableiten, das eine vollständige Dekarbonisierung innerhalb weniger Jahre notwendig macht (siehe Kapitel Klimabudget).

- Hierfür braucht es eine sozial-ökologische Transformation, die globale Gerechtigkeit anstrebt und ein gutes Leben für alle zum Ziel hat. Internationale Gerechtigkeitsfragen spielen dabei eine zentrale Rolle – sowohl aus einer ethischen Perspektive (Klimaschuld) als auch aus einer pragmatischen und machtpolitischen Perspektive (geteilte aber differenzierte Verantwortung als Basis für solidarische internationale Klimapolitik).

- Die Klimakrise wird durch ein Wirtschaftssystem angeheizt, das auf sozialer Ungleichheit basiert, global und auch im Inland. Klimapolitik kann nicht isoliert funktionieren, sie muss soziale Fragen nach gesellschaftlicher Ungleichheit und Diskriminierung mitdenken und Teil einer Politik sein, die diese abbaut.

Als Bewertungsgrundlage der Klimapolitik dienen vor allem die im Ampelkoalitionsvertrag festgehaltenen Ziele und Maßnahmen, die wir mit einem umfassenden Kriterienkatalog abgleichen. Politikvorschläge der Parteien, die außerhalb des Vertrages gemacht wurden, werden nicht berücksichtigt. Um die Kräfteverhältnisse innerhalb der Regierung einschätzen zu können und in den Blick zu bekommen, wer sich jeweils am stärksten durchgesetzt hat, haben wir auch die entsprechenden Passagen aus den jeweiligen Wahlprogrammen von SPD, Grünen und FDP mit aufgenommen. Dabei ist der Koalitionsvertrag zunächst natürlich nur ein Versprechen der Regierungsparteien. In vergangenen Koalitionsverträgen formulierte Ziele wurden in vielen Fällen nicht erreicht bzw. angekündigte Maßnahmen nicht umgesetzt. Dennoch bildet der Vertrag die umfassendste Grundlage für eine Einschätzung der Klima(gerechtigkeits)politik der neuen Regierung.

Am Ende jedes Kapitels geben wir noch eine bewegungspolitische Einschätzung zum jeweiligen Politikfeld.

METHODIK

Wir versuchen in unserer Analyse möglichst transparent vorzugehen. Hierfür haben wir pro Sektor Bewertungskriterien formuliert, anhand derer wir bewerten, wie geeignet die im Koalitionsvertrag formulierten Politikvorschläge für die zeitnahe und umfassende Organisation einer sozial-ökologischen Transformation sind. Das Analyseraster haben wir bereits für die Analyse der Wahlprogramme der Parteien „Ist Klimagerechtigkeit wählbar?“ verwendet.

Wir gleichen die Maßnahmen und Ziele im Koalitionsvertrag mit den Versprechen aus den Wahlprogrammen ab. Dabei beruhen die Bewertungen der Maßnahmen und Ziele im Koalitionsvertrag natürlich auch auf qualitativen Abwägungen des Autor*innenteams.

ROT
Die Ampel schlägt keine, völlig unzureichende oder sogar Maßnahmen vor, die zu mehr Klimazerstörung führen.

ORANGE
Das Programm wird den Kriterien sehr wenig gerecht oder nennt widersprüchliche Maßnahmen.

GELB
Die Ampel schlägt Ziele bzw. Maßnahmen vor, die zwar in die richtige Richtung gehen, aber bei weitem nicht ausreichen.

GRÜN
Es werden klare Schritte formuliert, die einen Einstieg in eine wirkliche sozial-ökologische Transformation darstellen. Achtung: Das heißt leider nicht, dass mit diesen Schritten bereits Klimagerechtigkeit erreicht würde.

KLIMABUDGETS & KLIMAZIELE

KLIMABUDGETS UND -ZIELE

Ein Maßstab dafür, wie ernsthaft es Regierungen mit ihrer Klimapolitik meinen, sind die formulierten Ziele für das Erreichen von Klimaneutralität und das darin meist implizit für Deutschland vorgesehene CO_2-Budget. Die erste Frage muss daher lauten: Sind diese Ziele überhaupt in Ansätzen ausreichend, um einen global gerechten Pfad der Emissionsreduktionen einzuschlagen, der es ermöglicht, die Erderhitzung auf 1,5°C zu begrenzen?

Klimawissenschaftler*innen haben errechnet, wie viele Tonnen CO_2 noch ausgestoßen werden dürfen, wenn die Erderwärmung wie im Pariser Klimavertrag vorgesehen auf möglichst 1,5°C, in jedem Fall aber „deutlich unter" 2°C begrenzt werden soll. Diese Menge ist das global verfügbare CO_2-Budget. Wenn dieses Budget gleichmäßig auf alle Menschen weltweit aufgeteilt wird, lässt sich das nationale CO_2-Budget für ein Land wie Deutschland errechnen (siehe jedoch die Box zu Budgets und Klimaschulden).

Temperatur-ziel	Wahrschein-lichkeit	CO_2-Budget für Deutschland ab 2022 (Gt)	Wenn weiter wie 2018–2020 emittiert wird, reicht das Budget bis…
1,5 °C	50%	2,89	2026
1,5 °C	67%	1,16	2023
1.75 °C	50%	7,95	2032
1.75 °C	67%	5,34	2029

Abbildung 2: Budgets nach SRU/IPCC (s.u.), Referenzwerte 2018–20 nach Umweltbundesamt

Wie groß ist das für Deutschland verbleibende CO_2-Budget? Selbst der ambitionierteste Maßstab, mit dem der Weltklimarat (IPCC) rechnet, bedeutet „nur“ noch eine 2/3-Chance auf das Erreichen des 1,5°C-Ziels. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung (SRU) berechnete auf Grundlage des IPCC-Budgets ein gleichmäßiges Pro-Kopf-Emissionsbudget. Dabei bleiben für Deutschland ab 2022 noch 1,16 Gigatonnen. Das sind weniger als zwei Jahre auf dem derzeitigen Niveau[1]. Wie sich das Budget verändert, wenn das Ziel reduziert wird – die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5°C mit einer nur 50%-igen Wahrscheinlichkeit bzw. auf nur 1,75°C zeigt die zeigt die Abbildung 2.

1 Sachverständigenrat der Bundesregierung: https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/01_Umweltgutachten/2016_2020/2020_Umweltgutachten_Kapitel2_Pariser_Klimaziele.pdf. Nach dortiger Rechenweise blieben Deutschland ab 2020 2,47 Gigatonnen CO_2 (Territorialemissionen). Diese Zahl wird dort nicht genannt, da sich der SRU auf weniger ambitionierte Pfade konzentriert, die er politisch für realistischer hält. Wir haben die Budgets nach dem Berechnungsschlüssel des SRU ermittelt.

BUDGETS, KLIMA-UNGERECHTIGKEIT UND HISTORISCHE KLIMA-SCHULDEN

Bei der Berechnung der nationalen CO_2-Budgets müssten eigentlich auch die historischen Klimaschulden eines Landes wie Deutschland berücksichtigt werden, das bis heute davon profitiert, überdurchschnittlich viel CO_2 zu emittieren. Reiche Länder haben die Klimakatastrophe maßgeblich verursacht, ärmere Länder leiden aber am stärksten unter den Folgen. Daher sollte unter anderem auch Deutschland die stärksten Anstrengungen für deren Begrenzung vornehmen und in Zukunft pro Kopf unterdurchschnittlich viel emittieren. Allerdings ist die Begrenzung der deutschen Emissionen auf ein wirklich klimagerechtes CO_2-Budget für eine 1,5 °C-Politik unter Berücksichtigung historischer Klimaschulden nicht mehr umsetzbar bzw. würde ein Negativ-Budget bedeuten.

Für die Anerkennung und Kompensation von Klimaschulden müssen reiche Länder neben schnellstmöglicher Emissionsreduktion auch andere Wege gehen. Zentral sind eine global gerechte Transformation des Welthandels- und -wirtschaftssystems, umfassende Finanzhilfen für Klimaschutz und Klimaanpassung, technologische Transfers und eine Freigabe aller Patente, sowie Reparationen in Milliardenhöhe für die schon heute unvermeidbaren Schäden und Verluste besonders von der Klimakrise betroffener Länder des globalen Süden.

Auch jenseits der Klimaschulden-Frage sind die hier verwendeten Budgets aus Klimagerechtigkeitsperspektive sehr großzügig berechnet. Zu den Hintergründen siehe Seite 8 unserer Wahlprogrammanalyse „Ist Klimagerechtigkeit wählbar?“.

CHECK KLIMABUDGETS UND -ZIELE

	SPD	Die Grünen	FDP	Ampelkoalition
Klimabudgets und -ziele	Die SPD bleibt wie ihre Koalitionspartnerin bei Klimaneutralität bis 2045. Die von der GroKo beschlossenen Zwischenziele für 2030 (-65% ggü. 1990) und 2040 (-88% ggü. 1990) werden genannt. Negativemissionen sind kein Thema.	Die Grünen zitieren das verbleibende Klimabudget von 6,6 Gt CO_2 ab 2020 des SRU und behaupten dabei fälschlich, es würde für eine 2/3-Chance auf 1,5 °C ausreichen (laut IPCC/SRU bietet es eine 2/3-Chance auf 1,75 °C). Immerhin arbeiten sie allerdings als einzige Partei überhaupt mit einem Budget. Damit wollen sie Klimaneutralität etwa 2041 erreichen. Das Ziel für 2030 soll auf mindestens -70% ggü. 1990 erhöht werden. Negativemissionen oder Kohlestoffabspeicherung (CCS) sind kein Thema.	Die FDP zitiert 2050 als Zieljahr für Klimaneutralität. Durch die Förderung von von Negativemissionstechnologien und CCS soll frühere Klimaneutralität ermöglicht werden. Kein angehobenes Ziel für 2030 wird formuliert.	Die Ampel übernimmt das Ziel der Großen Koalition (Klimaschutzgesetz): Klimaneutralität bis 2045. Neue Zwischenziele werden nicht genannt. Wir legen daher den Reduktionspfad des aktuellen Klimaschutzgesetzes zugrunde. Dabei wird die bisher vorgesehene jährliche Überprüfung verbindlicher Sektorziele im Klimaschutzgesetz, die einem konsequenten Budgetansatz nahekam, stark aufgeweicht. Außerdem soll eine Langfriststrategie für „technische Negativemissionen“ erarbeitet werden, um 5% Restemissionen auszugleichen. Dafür werden keinerlei ökologische oder soziale Kriterien genannt.
CO_2-Budget ab 2022*	7,1 Gt	5,3 Gt	9,4 Gt	ca. 7–7,4 Gt**

* Erläuterung: Für die Berechnung ungefährer Budgets aus den genannten Emissionszielen sind wir von linearen Reduktionspfaden zwischen 2022 und dem Zieljahr für Klimaneutralität ausgegangen, sofern die jeweiligen Parteien keine anderen Angaben dazu gemacht haben. Wurden Zwischenziele genannt, so haben wir lineare Reduktionspfade von einem Zielpunkt zum nächsten angenommen. Die Grünen, die als einzige Partei mit einem Budget arbeiten, wollen statt eines linearen Pfades eine stärkere Reduktion in den ersten Jahren. Für 2021 haben wir Emissionen von 670 Mt geschätzt (Vergleichswerte vom Umweltbundesamt: 2019 711 Mt, 2020 geschätzte 644 Mt; 1990 waren es 1.052 Mt).

** Berechnungsgrundlage ist das Klimaschutzgesetz mit den verbindlichen Zielvorgaben für Treibhausgasausstoß für Sektoren bis 2030, den Jahres-Gesamtvorgaben für die Jahre 2031-2040 und dem Ziel der Klimaneutralität 2045. Die jährlichen Zielvorgaben für den Energiewirtschaftssektor für die 2020er-Jahre lässt das Gesetz offen, verlangt aber, dass die Emissionen dort „möglichst stetig" sinken. Wir gehen daher von einer linearen jährlichen Reduktion in diesem Sektor aus. Ebenfalls gehen wir für die Jahre 2041–2044 von einer linearen jährlichen Reduktion der Gesamtemissionen aus (die Ziele sollen laut Gesetz erst 2032 festgelegt werden). Die Angaben im Klimaschutzgesetz beziehen sich auf den gesamten Treibhausgasausstoß. Budgetrechnungen werden üblicherweise nur für CO_2 vorgenommen, das etwa 88% der deutschen Treibhausgasemissionen ausmacht. Das Klimaschutzgesetz sieht keine Reduktionspfade für einzelne Treibhausgase vor, nur für Wirtschaftssektoren. Bei einer gleichmäßigen Senkung in allen Sektoren und für alle Treibhausgase würden die Vorgaben laut Klimaschutzgesetz ein Budget von 7,46 Gt CO_2 ergeben. Die bis 2030 festgelegten Sektorziele sehen jedoch einen deutlich langsameren Emissionsrückgang in der Landwirtschaft vor, wo ein erheblicher Teil aller Nicht-CO_2-Emissionen stattfindet. Der Energiewirtschaftssektor, in dem CO_2 stark dominiert, soll die Emissionen dafür überdurchschnittlich stark senken. Daher gehen wir davon aus, dass das CO_2-Gesamtbudget etwas geringer ausfällt (ca. 7–7,4 Gt).

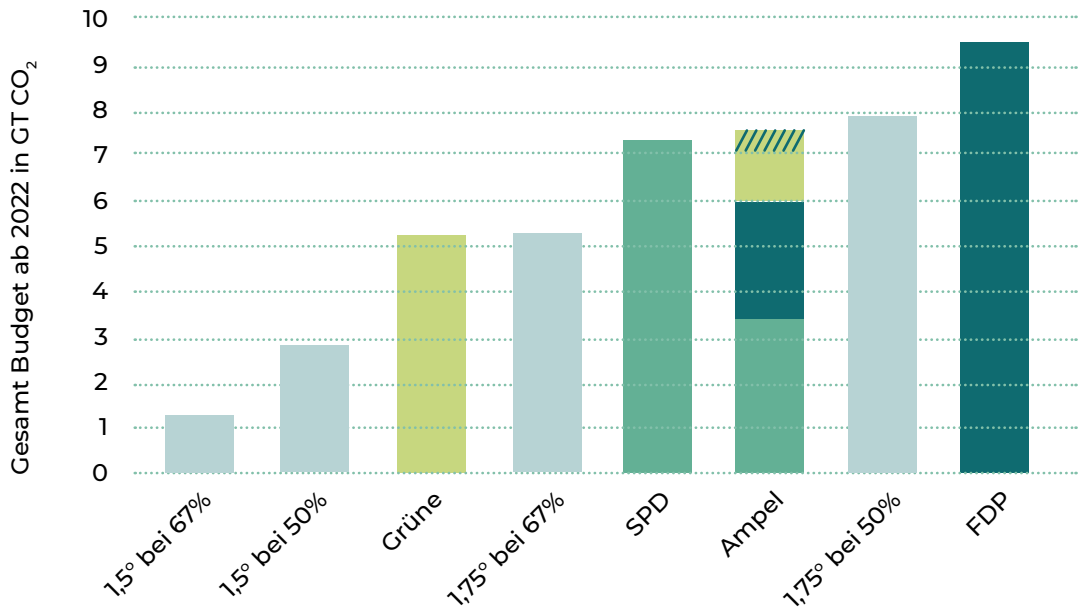


Abbildung 3: CO_2-Budgets im Vergleich. Einerseits verbleibende Budgets laut SRU/IPCC (grau), andererseits die Budgets, die die Parteien in ihren Wahlprogrammen sowie die Ampelkoalition bis zur vollständigen Dekarbonisierung vorsehen.

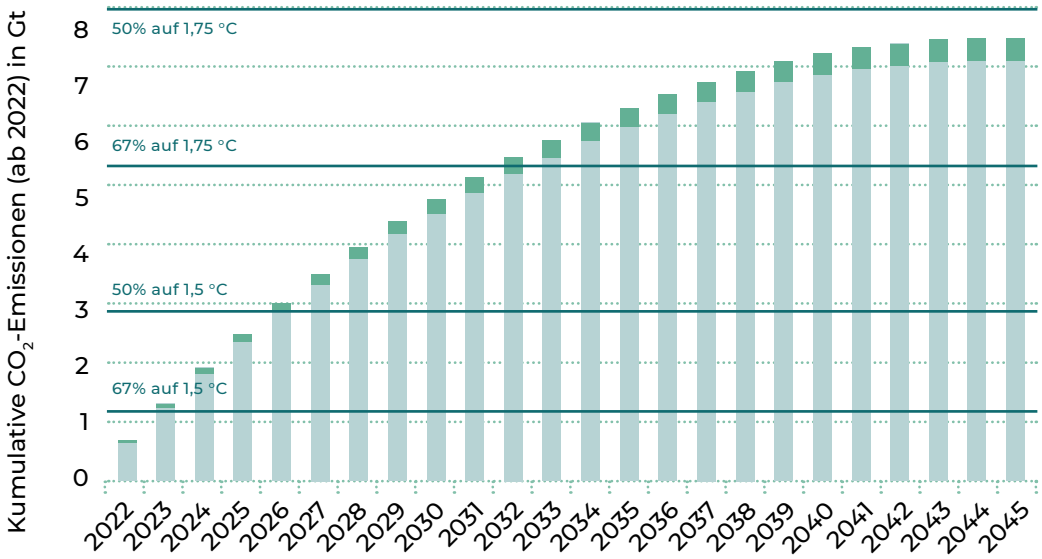


Abbildung 4: Kumulative Darstellung des CO2-Budgets nach Klimaschutzgesetz. Die dunkler markierten Bereiche stellen die Unsicherheiten in der Verteilung zwischen CO_2- und anderen Treibhausgasemissionen dar (s. S. 14)

Einordnung: Kaum eine Chance für 1,5°C

Im Hinblick auf die Gesamt-Klimaziele bleibt die Ampel numerisch bei dem, was zuletzt und erst nach Eingreifen des Bundesverfassungsgerichts durch die Große Koalition beschlossen wurde. Das implizite Emissionsbudget ist mit 7–7,4 Gt mehr als sechsmal so groß wie das verbleibende Budget (1,16 Gt) für eine 67%-Chance auf 1,5 °C! Selbst für eine 50%-Chance auf 1,5 °C dürfte es nicht einmal halb so groß sein (2,9 Gt; s. Abbildung 3). Auch wenn diese Ziele vollständig umgesetzt werden sollten, wäre das Restbudget für eine 67%-Chance im Jahr 2023 aufgebraucht, das Budget für eine 50%-Chance 2026 und damit ein Jahr nach der nächsten Bundestagswahl. Auch als Beitrag für 1,75 °C wäre das Restbudget nur mit großer Unsicherheit ausreichend (mit einer Wahrscheinlichkeit von etwas über 50%; s. Abbildung 4). Dabei sind auch unzureichende Ziele zunächst nur Ziele: Erste Berechnungen des DIW attestieren der Ampel zusätzlich zu dieser Ambitionslücke eine deutliche Umsetzungslücke, insbesondere in den Sektoren Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft. Demnach reichen die hier in den folgenden Kapiteln dargestellten Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag nicht aus, um das 2030-Ziel des Klimaschutzgesetzes zu erreichen.

Mit Blick auf die aus den Wahlprogrammen hervorgehenden Emissionsbudgets entsprechend unserer Berechnung vom August 2021 scheint das folgerichtig: Der Mittelwert der Wahlprogramme der drei Koalitionsparteien läuft auf etwas über 7 Gt CO_2 hinaus, was der bisherigen Beschlusslage im Klimaschutzgesetz entspricht. Dennoch ist es angesichts des betonten Schwerpunkts der Grünen auf Klimaschutz bemerkenswert, dass die grüne Regierungsbeteiligung an dieser Stelle nicht stärker ins Gewicht fällt. Zwei Erklärungsansätze hierzu: Da die Klimaziele Auswirkungen quer durch die Gesellschaft und die Ökonomie haben, stellen sie auch im Bereich Wirtschaftspolitik einen zentralen Punkt der Auseinandersetzung dar. Entsprechend stark dürfte der Widerstand aus der wirtschaftsnahen FDP gewesen sein. Zudem scheinen sich die Grünen eher darauf konzentriert zu haben, die Lücke zwischen erklärten Klimazielen und tatsächlichen Maßnahmen zu verkleinern, als um schärfere – und noch schwerer erreichbare – Ziele zu ringen.

Skandalös ist die Aufweichung der bisher verbindlichen jährlichen Überprüfung der Sektorziele nach dem Klimaschutzgesetz, die bei Nichterreichen ein politisches Nachsteuern notwendig machen sollte. Der stärkste Hebel des insgesamt unzureichenden Gesetzes der Großen Koalition wird dadurch abgeschwächt. Das ist ein erheblicher Rückschritt, passt aber zur grundsätzlich ablehnenden Haltung der neuen Regierung gegenüber Budgetansätzen, die klimapolitische Defizite allzu sichtbar zu machen drohen. Sogar die Grünen, die

als einzige Partei direkt im Wahlprogramm mit einem CO_2-Budget arbeiteten, rücken nun davon ab.

Zunehmend wird dahingehend argumentiert, im Sinne einer verstärkten „Klimaaußenpolitik“ Klimaschutzmaßnahmen im Ausland zu fördern und so das eigene Budgetdefizit „auszugleichen“. Aber auch hier bietet der Koalitionsvertrag kaum belastbare Ankündigungen. Im Bereich der internationalen Klimafinanzen für CO_2-Reduktion und Klimafolgenanpassung im globalen Süden verspricht die Regierung nicht mehr als die Einhaltung früherer deutscher Zusagen. Zudem soll Klimaschutz über die finanzielle Absicherung deutscher Unternehmensaktivitäten im Ausland gestärkt werden. Tatsächliche Reparationszahlungen sind weiterhin kein Thema. Das ist vor allem im Hinblick auf historische Klimaschulden inakzeptabel (siehe Box).

In den nächsten Jahren wird eine kritische Auseinandersetzung mit der angekündigten „Langfriststrategie“ zu technischen Negativemissionen wichtig. Die Koalition hält sich hier bedeckt, kündigt aber an anderer Stelle zumindest auch an, natürliche CO_2-Senken schützen zu wollen. In der wissenschaftlichen Diskussion aufgebrachte Negativemissions-Technologien decken ein weites Spektrum ab – von sinnvollen agrarökologischen Maßnahmen über Rechenspiele mit Ausgleichszertifikaten (mit sehr unterschiedlichen Auswirkungen im globalen Süden) bis hin zu potentiell hochriskanten und oft in ihrer Realisierbarkeit eher abwegigen Ideen zur großflächigen Manipulation des Erdsystems, z.B. durch Anlagen zur Verminderung der Sonneneinstrahlung (Solar Radiation Management). Hier wird es für soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Initiativen darum gehen, nur sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Lösungen zuzulassen.

ZUM WEITERLESEN

→ **#showyourbudgets:**
Klimabudgets für jedes Land verständlich erklärt
https://www.showyourbudgets.org/de/?country=germany

→ **Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU):**
Pariser Klimaziele erreichen mit dem CO_2-Budget
https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/01_Umweltgutachten/2016_2020/2020_Umweltgutachten_Kapitel2_Pariser_Klimaziele.html

→ **Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC):**
Special Report – Global Warming of 1,5 °C,
https://www.ipcc.ch/sr15/

→ **DIW: Ein Koalitionsvertrag für ein klimaneutrales Deutschland?**
https://diw-econ.de/wp-content/uploads/Studie_DIW-Econ_KoaV_Plausibilitaetsanalyse_v1.2.pdf

WIRTSCHAFTS-SYSTEM

WIRTSCHAFTSSYSTEM

Die in den folgenden Kapiteln diskutierten Einzelmaßnahmen in der Energiewirtschaft, in der Industrie, im Verkehr, in der Landwirtschaft sowie im Bereich Wohnen und Gebäude sind wichtig für einen klimagerechten Umbau der Wirtschaft. Aber auch die grundlegende Struktur des Wirtschaftssystems spielt eine entscheidende Rolle. Bevor wir in die detailliertere Analyse zu verschiedenen Sektoren einsteigen, diskutiert dieses Kapitel Grundlagen des Zusammenhangs zwischen Wirtschaftssystem und Klimakrise, mögliche Auswege und die im Koalitionsvertrag vorgeschlagenen Wege der Ampelkoalition.

Warum muss für Klimagerechtigkeit das Wirtschaftssystem transformiert werden?

Eine kapitalistische Wirtschaft, die maßgeblich auf Profitorientierung und Wettbewerb beruht, ist auf andauerndes Wirtschaftswachstum angewiesen. Ohne allseitige Wachstumserwartung rutscht eine wachstumsabhängige Ökonomie in die Rezession und es setzen Kriseneffekte ein: Investitionen und Kredite werden zurückgehalten, Menschen verlieren ihre Arbeitsplätze und faire Umverteilung wird noch schwieriger durchsetzbar. Einzelne Unternehmen sind durch den Konkurrenzdruck gezwungen, möglichst viel möglichst billig zu produzieren und die sozialen und ökologischen Folgekosten abzuwälzen. Regierungen wiederum sehen sich im internationalen Standortwettbewerb darauf angewiesen, attraktive Bedingungen für Kapitalinvestitionen zu schaffen. Soziales und Ökologie erscheinen in einem solchen Wirtschaftssystem strukturell als Störfaktoren, die das Wachstum bedrohen.

Grünes Wachstum?

Die Antwort von parlamentarischer Politik, Verbänden und Expert*innen auf die Klimakrise lautet: Damit das System in Zeiten der Erderhitzung und anderer ökologischer Krisen weiter funktionieren kann, brauchen wir „grünes“ Wachstum, d.h. ein Wachstum, das von Naturzerstörung „entkoppelt“ ist. Geschehen soll dies über die Förderung erneuerbarer und umweltfreundlicherer Technologien und der Erhöhung der Energieeffizienz. Das ist eine sehr riskante Strategie. Denn rein technische Effizienzgewinne sind, das zeigt die Forschung zum Thema, zu begrenzt für eine sozial-ökologische Transformation, unter anderem deshalb, weil sie in der Regel einen Mehrverbrauch begünstigen, der die ökologischen Einsparungen zu einem erheblichen Teil wieder zunichte macht („Rebound-Effekt“). Zudem sind Artenvielfalt, sensible Ökosysteme und begrenzte Ressourcen durch die ständig zunehmende Förderung von Rohstoffen mit häufig toxischen Methoden weiterhin bedroht. Diese werden auch für erneuerbare Energien und neue Verkehrsmittel wie Elektroautos benötigt, die somit nicht in endlosen Mengen nutz- und produzierbar sind. Ganz neue technologische Entwicklungen schaffen es selten, gleichzeitig dramatische ökologische Verbesserungen und das erwünschte Produktivitäts- und Wachstumspotenzial zu liefern. Zum Beispiel können Autos zwar mit Strom oder Wasserstoff aus erneuerbaren Energien betrieben werden, aber auch das benötigt riesige neue Infrastrukturen (Batterien, Brennstoffzellen, Stromerzeugungskapazität, Verteilungsnetze) sowie den Erhalt alter Infrastrukturen (Straßen, Parkplätze). Unter diesen Bedingungen ist es kaum möglich, den Verkehrssektor gleichzeitig viel ökologischer zu gestalten. Die ökologischsten Alternativen wie Fuß- und Radverkehr oder der ÖPNV wiederum bieten keine attraktiven Wachstumsmärkte. „Grün“ und „Wachstum“ geraten hier offensichtlich in Konflikt.

Was muss passieren?

In den nächsten Jahrzehnten wird es entscheidend sein, die Wirtschaft zunehmend gemeinwohl- und bedürfnisorientiert auszurichten und damit weniger wachstumsabhängig zu gestalten. Wenn Profitinteressen und Wachstumsabhängigkeit zurückgedrängt werden,

müssen soziale und ökologische Interessen nicht mehr im Widerspruch zueinander stehen, sondern können in einer nachhaltigen, gerechten Wirtschaftsordnung vereint werden. Private Ansprüche auf die Vermehrung von Eigentum dürfen nicht mehr über menschlichen Grundbedürfnissen und ökologischer Stabilität stehen.

Wirtschaftsdemokratie

Um das zu ermöglichen, müssen Eigentumsverhältnisse und Betriebsformen sukzessive verändert werden. So sollten Entscheidungen über Produktion und Wirtschaftsabläufe insgesamt demokratischer getroffen werden. In genossenschaftlichen und kollektiv organisierten Betrieben ohne Profitzwang etwa können Beschäftigte und Nutzer*innen gemeinsam entscheiden, was, wie und wie viel produziert wird. Sie gilt es zu fördern und vor Wettbewerbsdruck zu schützen, damit sie nicht durch den Markt zu unökologischen und unsozialen Wirtschaftspraktiken gezwungen werden. Staatliche Einrichtungen müssen im Rahmen ihrer Beschaffungs- und Vergabepraxis Einfluss nehmen, indem sie starke ökologische und soziale Kriterien verankern und dabei auch insbesondere nicht-gewinnorientierte Unternehmen stärken. Auch andere grundlegende Versorgungseinrichtungen – wie Stadtwerke, Krankenhäuser und Wohnungsbaugesellschaften – sollten gemeinwohlorientiert und demokratisch betrieben werden.

Arbeit & materielle Absicherung

Wir brauchen ein Wirtschaftssystem, das materielle Sicherheit für alle Menschen innerhalb der ökologischen Grenzen ermöglicht. Dazu gehören gerechtere und ökologisch nachhaltigere Verteilungsmechanismen, aber auch eine andere Definition von Wohlstand. Ein wichtiger Schritt dafür wäre eine spürbare allgemeine Arbeitszeitverkürzung, die ökologisch vorteilhaft ist und gleichzeitig hilft, Arbeit gerechter zu verteilen.[2] Langfristig kämen durch ein Recht auf Arbeit und gleichzeitig radikale kürzere Arbeitszeiten alle Menschen leichter an Jobs und könnten zudem mehr Zeitwohlstand genießen. Diese Umverteilung von Arbeit muss auch die unbezahlte Sorgearbeit betreffen. Die materielle Sicherheit aller muss auch unabhängig vom Marktgeschehen sichergestellt werden, etwa durch ein Grundein- bzw. auskommen[3] und eine öffentliche Jobgarantie. So wären Menschen nicht mehr darauf angewiesen, unter allen Umständen auch unwürdige, schlecht bezahlte, sinnentleerte und/oder ökologisch zerstörerische Arbeit anzunehmen.

Lokal wirtschaften, global denken

Für globale Gerechtigkeit wie für ökologische Nachhaltigkeit ist es wichtig, Wirtschaftskreisläufe stärker regional zu begrenzen, zum Beispiel im Bereich Landwirtschaft und Ernährung oder in der industriellen Produktion. Bei importierten Rohstoffen und Produkten müssen die vertreibenden Firmen stärker als im stark verwässerten aktuellen Lieferkettengesetz verbindlich auf die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards verpflichtet werden. Auch Kapitalströme über Grenzen hinweg müssten wieder stärkeren Kontrollen unterworfen werden, da andernfalls die Macht von Unternehmen und Finanzinvestor*innen immer weiter wächst. Freihandelsabkommen, die systematisch soziale Rechte und Umweltschutz zugunsten von Konzerninteressen untergraben, dürfen nicht mehr unterzeichnet werden. Bestehende Abkommen müssen dementsprechend reformiert oder aufgelöst werden. An ihrer Stelle braucht es faire Kooperationsabkommen, die Ländern des globalen Südens eine selbstbestimmte und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen.

Weitere Hintergründe zu diesen Kriterien finden sich im entsprechenden Kapitel unserer Wahlprogrammanalyse „Ist Klimagerechtigkeit wählbar“?.

2 Für England hat die New Economics Foundation vorgeschlagen, die Arbeitszeit aus ökologischen Gründen auf 21 Stunden pro Woche zu begrenzen. Siehe https://neweconomics.org/2010/02/21-hours.

3 „Grundauskommen“ meint, dass die Gesellschaft sich auch über individuelle Geldzahlungen hinaus zur Erfüllung von Grundbedürfnissen der Einzelnen verpflichtet. Aspekte davon sind quer durch die Wahlprogramme zu finden (Krankenversicherung, Bildungszugang etc.) und daher weniger leicht zusammenzufassen. An dieser Stelle konzentrieren wir uns daher auf Geldleistungen.

CHECK WIRTSCHAFTSSYSTEM

	SPD	Die Grünen	FDP	Ampelkoalition
Ziel einer grundlegenden sozial-ökologischen Neuausrichtung der Wirtschaft	Die SPD zeichnet ein Zukunftsbild von Deutschland als „grünem“ Exportweltmeister und schreibt damit die unbedingte Wachstumsorientierung fort. Im Kontrast zur Union wird die zentrale Gestaltungsrolle des Staates betont.	Die Grünen wollen „die sozial-ökologische Transformation einläuten“. Ihr Ziel ist dabei eine „sozial-ökologische Marktwirtschaft“ – also auch grünes Wachstum mit Deutschland als „grünem“ Weltmarktführer. Wachstumsorientierung und soziale Verhältnisse im Kapitalismus werden nicht grundsätzlich kritisiert.	Eine systemische Veränderung wird vor allem hin zu mehr Marktwirtschaft angestrebt. Die FDP setzt auf die Innovationskraft der Sozialen Marktwirtschaft und auf eine Agenda für mehr Wachstum. Sie will „Entlasten, Entfesseln, Investieren.“ Nachhaltigkeit soll beiläufig durch Innovationskraft erreicht werden, „grünes“ Wachstum ist aber kein zentrales Motiv.	Die Ampel formuliert das Ziel einer „sozial-ökologischen Marktwirtschaft“. „Wir wollen mehr Innovation, mehr Wettbewerbsfähigkeit, mehr Effizienz, gute Arbeit und klimaneutralen Wohlstand.“ Immer wieder wird betont, es gehe darum „den Wirtschaftsstandort Deutschland“ zu stärken und „nachhaltiges Wachstum“ zu fördern. Angepeilt wird also eine ökologische Modernisierung im technischen Sinne, die die Dekarbonisierung der Wirtschaft vorantreibt. Die notwendige strukturelle Veränderung des Wirtschaftssystems ist jedoch nicht vorgesehen.
Demokratisierung der Wirtschaft (Eigentumsverhältnisse, Betriebsformen, Mitbestimmung)	Die SPD thematisiert Rekommunalisierung bzw. kommunales Eigentum in einzelnen Sektoren (Wohnen/Bauland, Energiewende). Der Absatz zu Bauland setzt ein relativ starkes Zeichen. Die Unterstützung gemeinwohlorientierter Betriebsformen ist eine vage formulierte Absichtserklärung. Die SPD benennt eine Reihe konkreter Erweiterungen der klassischen betrieblichen Mitbestimmung, ohne Einbeziehung von Entscheidungen über die Produktion selbst.	Die Grünen wollen ohne Privatisierungen stärker in öffentliche Infrastrukturen investieren, sowie die Rahmenbedingungen für gemeinwohlorientierte Wirtschaften verbessern. Dies wird jedoch kaum konkretisiert. Genossenschaften und Sozialunternehmen sollen u.a. über Gründungszuschüsse gefördert werden. Die Grünen wollen „betriebliche Mitbestimmung bei Entscheidungen über die ökologische Transformation stärken“, erklären dies aber nicht weiter. Wirtschaftsdemokratie ist insgesamt nicht sehr zentral.	Die FDP setzt an dieser Stelle wiederum auf einen noch stärker neoliberalen Charakter der Marktwirtschaft durch weitere Privatisierungen, mit einer „Beteiligungsbremse für den Staat“ mit verbindlichem Verkauf aller Unternehmensanteile, die nicht zur Daseinsvorsorge gezählt werden. Es gibt keinerlei Transformationsbemühungen. Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie sind kein Thema.	Im Zuge ihrer angestrebten Förderung von Start-ups, Gründungen und Innovationen verspricht die Ampel eine „nationale Strategie für Sozialunternehmen, um gemeinwohlorientierte Unternehmen und soziale Innovationen stärker zu unterstützen.“ Sie will auch die „rechtlichen Rahmenbedingungen für gemeinwohlorientiertes Wirtschaften“ verbessern, nennt aber keine konkreten Maßnahmen. An wirtschaftsdemokratischen Maßnahmen ist ansonsten nur eine „Weiterentwicklung“ der klassischen betrieblichen Mitbestimmung vorgesehen, z.B. im Hinblick auf Digitalisierung.
Sozial-ökologische öffentliche Beschaffung/ Vergabe	Die öffentliche Beschaffung soll laut SPD „Zielen des sozial-ökologischen Wandels“ dienen, Kriterien sind „Innovation, Tarifbindung und klimafreundliche Nachhaltigkeit“. Das zeigt in die richtige Richtung, bleibt aber bis auf die Tarifbindung sehr vage.	Die Grünen wollen die öffentliche Beschaffung „konsequent auf die ressourcenschonendsten Produkte und Dienstleistungen“ ausrichten, Tarifbindung und Geschlechtergerechtigkeit gewährleisten. Für den Bund werden auch soziale und Menschenrechtsstandards sowie ein CO_2-Schattenpreise für Beschaffung und Fördervergabe vorgesehen, für den IT-Bereich eine ganze Reihe sozial-ökologischer Kriterien.	Die FDP macht keinerlei Angaben zu Vergabekriterien.	In der öffentlichen Beschaffung sollen (unbestimmte) Mindestquoten für „klimafreundliche Produkte“ eingeführt werden. IT-Beschaffung soll sich an Nachhaltigkeitszertifikaten orientieren. Auftragsvergabe soll an Tarifbindung in den auftragnehmenden Unternehmen gebunden werden. Insgesamt will die Ampel die „öffentliche Beschaffung und Vergabe wirtschaftlich, sozial, ökologisch und innovativ ausrichten“ – das klingt zwar gut, lässt aber die Gewichtung zwischen diesen Faktoren offen und ist nicht verbindlich.
Allgemeine Arbeitszeitverkürzung	Die SPD ist nicht für eine generelle Arbeitszeitverkürzung. Wenn Gewerkschaften in bestimmten Branchen dafür kämpfen, will sie „an ihrer Seite“ stehen.	Die Grünen wollen individuelle Arbeitszeitverkürzung innerhalb eines „flexiblen Arbeitszeitkorridors“ ermöglichen. Unklar bleibt, wie verpflichtend das wäre – und was es für Einkommen bedeuten soll.	Arbeitszeitverkürzung ist für die FDP kein Thema. Wie die Union fordert sie mehr Flexibilität bei Arbeitszeiten, die aber zumindest keine absolute Mehrarbeit bedeuten soll.	Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung ist nicht vorgesehen, der 8-Stunden-Tag bleibt der Maßstab. Zwar sollen „flexible Arbeitszeitmodelle“ ermöglicht werden, gleichzeitig soll aber auch die Tageshöchstarbeitszeit aufgeweicht werden.
Aufwertung und Umverteilung von Sorgearbeit	Die Partei nennt einige Maßnahmen, um Pflegearbeit aufzuwerten und Pflegearbeitende (auch in der häuslichen Pflege) zu entlasten. Elternzeit soll geschlechtergerecht aufgeteilt werden.	Die Partei schlägt einige Maßnahmen zur Entlastung für pflegende Angehörige und Eltern (v.a. Alleinerziehende) sowie für eine geschlechtergerechtere Aufteilung der Elternzeit (aber im Verhältnis bis zu 2:1 aufteilbar) vor. Für die Aufwertung der Pflegearbeit sollen eine 35-Stunden-Woche und Tarifbindung sorgen.	Die Partei zeigt sich offen für/ reagiert auf die Modernisierung privater Lebensmodelle. Das beinhaltet eine Veränderung der Sorgezuständigkeit zwischen den Geschlechtern. Viel bleibt aber Eigenverantwortung, eine systematische materielle Gleichstellung oder Aufwertung von Sorgearbeit ist nicht vorgesehen.	Die Arbeitsbedingungen speziell im Pflegebereich sollen deutlich verbessert und kurzfristig Mindeststandards zur Personalbemessung eingeführt werden. Finanziell wird dabei vor allem ein kurzfristiger Corona-Bonus versprochen. Gleichberechtigte Sorgeverantwortung für Kinder soll zwar gefördert werden, tatsächlich wird aber nur ein Partnermonat beim Elterngeld hinzugefügt.
Materielle Absicherung	Die SPD deutet eine Erhöhung der Grundsicherung als Bürgergeld an, bezifft sie aber nicht. Nicht näher benannte „sinnwidrige und unwürdige“ Sanktionen sollen wegfallen, ein „sozialer Arbeitsmarkt“ für Langzeiterwerbslose geschaffen werden. Insgesamt will die SPD die Hartz-Reformen weiterhin beibehalten und nachbessern. Der Mindestlohn soll auf „mindestens“ 12 € angehoben werden.	Die Grünen sehen eine „sanktionsfreie Garantiesicherung“ mit steigenden Regelsätzen vor. Der Regelsatz soll zunächst um „mindestens 50 €“ erhöht werden. Ein bedingungsloses Grundeinkommen soll in „Modellprojekten“ erforscht werden. Die Grünen wollen den Mindestlohn auf 12 € anheben, der Tarifentwicklung anpassen und Ausnahmen davon abschaffen. Zudem sehen sie einen „dauerhaften sozialen Arbeitsmarkt“ für Langzeiterwerbslose vor.	Die FDP konzentriert sich auf Entbürokratisierung der sozialen Absicherung, will auch die Überprüfung der Lebensverhältnisse von Hartz-IV-Bezieher*innen abschaffen. Ein „liberales Bürgergeld“ soll „im Sinne einer negativen Einkommensteuer“ Sozialleistungen zusammenfassen. Das widerspricht aber tendenziell dem Versprechen auf anrechnungsfreie Zuverdienstmöglichkeiten für Transferbezieher*innen. Die Höhe dieses Geldes und damit die Qualität der Absicherung bleibt unklar.	Ein „Bürgergeld“ soll das Arbeitslosengeld II ablösen und etwas unbürokratischer beziehbar sein. Sanktionen werden an einigen Stellen zurückgefahren, aber grundsätzlich beibehalten. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Existenzminimum soll umgesetzt werden. Der Mindestlohn wird auf 12 € angehoben.
Deglobalisierung & Regionalisierung	Die SPD bekennt sich zur Finanztransaktionssteuer und vage zu stärkerer Finanzmarktregulierung, sagt allerdings bemerkenswert wenig zu De-/Globalisierungsthemen und nichts zu wirtschaftlicher Regionalisierung.	Einzelne Maßnahmen dienen der wirtschaftlichen Regionalisierung und Regulierung von Kapitalflüssen. Der Aufbau regionaler Wirtschaftsstrukturen im globalen Süden soll unterstützt werden, auch mit Hilfe protektionistischer Maßnahmen und Rohstoff-Exportsteuern. Insgesamt bietet das Programm aber wenig Konkretes, das tatsächlich in Richtung einer umfassenden Regionalisierung weisen würde.	Die FDP will weitere globale Integration über Märkte und private Kapitalflüsse erreichen; das steht auch im Mittelpunkt der Entwicklungspolitik. Regionalisierung ist nicht vorgesehen.	Die Ampel will „heimischen Rohstoffabbau erleichtern“ und sich weniger abhängig von Rohstoffimporten machen. Agrarexporte sollen keine lokalen Märkte mehr in „Partnerländern“ zerstören. Das ist aber kein klares Bekenntnis zur Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen. Nur im Ernährungsbereich soll der Anteil regionaler Erzeugnisse explizit erhöht werden; verschärfte Ziele werden dafür nicht formuliert. Eine stärkere Regulierung von internationalen Kapitalflüssen ist nicht vorgesehen; auf EU-Ebene soll die Kapitalmarktunion weiter vertieft werden.
Gerechte Handelspolitik statt Freihandel	Die SPD will den Freihandel ebenfalls stärker sozial-ökologisch einbetten und so auch das EU-Mercosur akzeptieren. Aus ihrer Sicht ist „Deutschland wie kaum ein anderes Land auf offene Märkte und eine funktionsfähige sowie regelbasierte globale Wirtschaft angewiesen.“ Sie fordert die wichtige Abkehr von privater Schiedsgerichtsbarkeit. Es bleibt unklar, wie soziale und ökologische Standards in vorhandenen Abkommen wirksamer werden sollen.	Die Grünen wollen den Freihandel stärker sozial-ökologisch einbetten. Das EU-Mercosur-Abkommen wird abgelehnt, CETA soll nicht ratifiziert, sondern umgestaltet werden. Die Grünen wollen das internationale Handelsregime offenbar unter der Prämisse verändern, dass Handel normalerweise mit Stärkung von Freiheit und Demokratie einhergeht; ungleiche Machtverhältnisse spielen keine Rolle.	Die FDP will Freihandelspolitik erheblich ausweiten, CETA ratifizieren und weitere Abkommen abschließen. Diese sollen EU-weit an nationalen Parlamenten vorbei beschlossen werden können. Sogar ein Freihandelsministerium wird gefordert.	Die Koalition will „den regelbasierten Freihandel auf Grundlage von fairen, sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Standards stärken“ und die WTO in Bezug auf Klima- und Nachhaltigkeitsstandards weiterentwickeln. Über die Ratifizierung von CETA soll nach Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht entschieden werden. Das EU-Mercosur-Abkommen soll nur mit verbindlichen sozialen, ökologischen und Menschenrechtsstandards unterzeichnet werden.
Sozial-ökologisches Lieferkettengesetz	Das Lieferkettengesetz ist für die Partei schon ein „großer Erfolg“ und soll im Interesse der deutschen Wirtschaft EU-weit eingeführt werden.	Die Partei will das Lieferkettengesetz durch sozial-ökologische Kriterien und Haftungsverpflichtungen stärken und EU-weit einführen sowie die Einfuhr naturzerstörender Agrarprodukte verbieten.	Die Partei setzt auf das Gegenteil eines wirksamen Lieferkettengesetzes: „gelebte Eigenverantwortung von Unternehmen und Konsumenten“ ohne „neue zivilrechtliche Haftungsansprüche“.	Das aktuelle Lieferkettengesetz soll „unverändert umgesetzt und gegebenenfalls verbessert“ werden. Die Ampel setzt sich für ein EU-weites Lieferkettengesetz ein, will EU-weit Importe speziell frei von Entwaldung und Zwangsarbeit halten.

Einordnung: Von ökologischer Modernisierung zum Systemwandel?

Mit der Ampelkoalition wird es keinen sozial-ökologischen Umbau des Wirtschaftssystems, über eine längst überfällige technische Modernisierung hinaus, geben. Unternehmen gelten als zentrale Akteur*innen des ökologischen Umbaus. Dafür sollen die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen und Anreize gesetzt werden, damit diese global wettbewerbsfähig und profitabel agieren können. Gemeinwohlorientierte Alternativen kommen nur am Rande vor. Das ist angesichts der Wahlprogramme und Kräfteverhältnisse in der Ampel keine Überraschung. Es eröffnet aber Handlungsspielräume für soziale Bewegungen.

Bei den angekündigten Erleichterungen für gemeinwohlorientiertes Wirtschaften etwa könnten zumindest kleinere Verbesserungen erkämpft werden. Das ist angesichts der bisher geringen öffentlichen Aufmerksamkeit für das Thema herausfordernd. Die Bedeutung solcher Betriebe für eine klimagerechte wirtschaftliche Entwicklung könnte aber noch viel stärker in die Öffentlichkeit getragen werden, etwa in Zusammenarbeit mit traditionellen sozialwirtschaftlichen Akteur*innen.

Starke sozialpolitische Konflikte sind um die Ausgestaltung des „Bürgergeldes“ (neuer Name für das Arbeitslosengeld II) zu erwarten. Eine Kommission soll hier Details ausarbeiten. Gewerkschaften werden sich zudem gegen die angekündigte Aufweichung der Tageshöchstarbeitszeit wehren. Hier könnten neue sozial-ökologische Bündnisse entstehen, die eine soziale Absicherung für alle und eine Verkürzung der allgemeinen Arbeitszeit statt einer „Flexibilisierung“ in alle Richtungen in den Mittelpunkt stellen. Die Regierung kündigt erste Schritte zur Bekämpfung der Pflegekrise an. Auch hier werden Arbeitskämpfe der Beschäftigten den Druck hoch halten müssen, damit tatsächliche Verbesserungen wirksam werden.

Interessant sind auch die unterschiedlichen Ankündigungen in Bezug auf verschiedene geplante Freihandelsabkommen. Wenn die Regierung etwa beim EU-Mercosur-Abkommen ankündigt, diesem nur mit hohen sozialen und ökologischen Standards zuzustimmen, wird es letztlich wieder auf den kritischen Blick der Zivilgesellschaft ankommen – wie bereits vor einigen Jahren beim TTIP-Abkommen.

→ **Zukunft für Alle. Eine Vision für 2048**
Konzeptwerk Neue Ökonomie (Hg.)
https://www.zukunftfueralle.jetzt/buch-zum-kongress/

→ **Decoupling debunked – Evidence and arguments against** green growth as a sole strategy for sustainability
European Environmental Bureau
https://eeb.org/library/decoupling-debunked/

→ **A Societal Transformation Scenario for Staying Below 1.5 °C**
Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.)
https://www.boell.de/en/2020/12/09/societal-transformation-scenario-staying-below-15degc

→ **Netzwerk Ökonomischer Wandel (NOW)**
https://www.netzwerk-oekonomischer-wandel.org

CO_2-PREIS

Der CO_2-Preis ist das wahrscheinlich am meisten diskutierte Instrument der Klimapolitik. Derzeit gibt es in Deutschland zwei separate Bepreisungssysteme: zum einen den EU-Emissionshandel (ETS), einen seit 2005 existierenden europäischen Markt für Verschmutzungszertifikate. Er verpflichtet Unternehmen dazu, für jede Tonne CO_2, die sie ausstoßen, ein Zertifikat vorzuweisen. Der ETS schließt den Stromsektor, große Industriebetriebe und Fluglinien ein und deckt ca. 45% der in der EU entstehenden Klimagasemissionen ab. Die Gesamtmenge der verfügbaren Zertifikate sinkt von Jahr zu Jahr, viele Zertifikate werden allerdings nach wie vor gratis ausgegeben. Während die Zertifikate lange sehr billig waren und keine Lenkungswirkung hatten, ist nach einigen regulatorischen Anpassungen nun Bewegung in den Markt gekommen. Der Preis pro Tonne CO_2 stieg zuletzt sogar über 90 €.

Zum anderen gibt es seit 2019 das nationale Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG), das Emissionen aus dem deutschen Verkehrs- und Gebäudesektor abdeckt. In den ersten Jahren gilt hier ein Festpreis, beginnend mit 25 € pro Tonne CO_2 in 2021. Bis 2025 soll der Preis auf 55 € steigen, danach werden Zertifikate per Auktion versteigert. Die Ampelkoalition hat angekündigt, mittelfristig Maßnahmen zu ergreifen, damit der Preis in allen Sektoren nicht mehr unter 60 € fällt. Dies soll, so die Hoffnung der Ampel, beispielsweise zu einem Kohleausstieg bis spätestens 2030 führen, da sich die Stromerzeugung durch Braunkohle dann nicht mehr lohnen würde.

Umweltverbände und Klimagruppen fordern regelmäßig, den Preis zu erhöhen – in Richtung der 200 € pro Tonne Klimafolgekosten, die das Umweltbundesamt zuletzt errechnet hat. Sie kritisieren, dass dieses Instrument erst dann wirksam wird, allerdings nur bei gleichzeitiger sozial gerechter Rückerstattung nicht zu einer sozialen Spaltung führt. In der Klimagerechtigkeitsbewegung gibt es aber auch eine lange Tradition der grundsätzlichen Kritik an diesen Instrumenten. Wir möchten hier zur Einordnung nur einige Punkte nennen.

1. Nicht nur auf den Preis vertrauen:
Ein Preismechanismus als Hauptinstrument für drastische Emissionssenkungen bis hin zu Nullemissionen setzt voraus, dass in allen Bereichen schnell genug rentable technische Alternativen bereitstehen, die reibungsloses „grünes“ Wachstum ermöglichen. Das ist aber kurzfristig nicht der Fall und auch langfristig unsicher. Andernfalls müsste der Preis so hoch steigen, dass ganze Wirtschaftsbranchen zum Erliegen kommen, um Emissionen effektiv zu vermeiden. Da das nicht im Interesse der Regierung ist, kann davon ausgegangen werden, dass Unternehmen wie schon in der Vergangenheit politisch Ausnahmeregelungen durchsetzen, mit denen sie den Preis umgehen können. Tatsächlich hat die Ampel im Koalitionsvertrag bereits angekündigt, energieintensiven exportorientierten Industrien weiterhin kostenlose Zertifikate zur Verfügung stellen zu wollen. Der Marktmechanismus wird also genau dort ausgesetzt, wo Emissionen am dringendsten sinken müssen. Marktlösungen erhalten solche problematischen Machtverhältnisse in der Wirtschaft.

2. Ohne Ordnungspolitik geht es nicht:
Mit Preissignalen allein lässt sich ein wirtschaftlicher Umbau in kurzer Zeit nicht zuverlässig steuern. Große Infrastrukturentscheidungen können und sollten nicht nur durch privatwirtschaftliche Akteur*innen getroffen werden. Auch ein klima- und sozialpolitisch zuverlässiger Kohleausstieg – der aus Klimagerechtigkeitsperspektive nicht erst 2030, sondern viel früher stattfinden müsste – lässt sich nicht über den Markt regeln. Dies aber strebt die Ampel gerade an (mit der Folge, dass beispielsweise RWE sich vorsorgend mit günstigen Zertifikaten eingedeckt und so gegen den steigenden CO_2-Preis abgesichert hat; zusätzlich erhält der Konzern Milliarden an Abfindungen, die für die Finanzierung des Umbaus fehlen).

Statt mit Verschmutzungsrechten zu handeln, sollte Politik absolute Obergrenzen für Emissionen festlegen und besonders klimaschädliche Wirtschaftszweige auch durch Vergesellschaftungen und industriepolitische Interventionen transformieren. Für ein nachhaltiges Wirtschaftssystem braucht es eine langfristige Transformation zu mehr Bedürfnis- statt Profitorientierung, also das genaue Gegenteil einer marktbasierten und wachstumsabhängigen Lösung wie dem Emissionshandel, der die Verantwortung fürs Klima auf individuelle Verbraucher*innen ablädt.

3. Gerechtigkeit wird zum Widerspruch:
Die wirtschaftlichen, sozialen und Klima-Effekte der CO_2-Bepreisung können sehr unterschiedlich ausfallen, je nachdem, wofür die Einnahmen eingesetzt werden. Ohne Ausgleichsmechanismen ist ein hoher CO_2-Preis sozial ungerecht, da er lebensnotwendige Güter wie Energie verteuert, ohne sicherzustellen, dass Menschen mit geringem Einkommen tatsächlich Alternativen zur Verfügung stehen. Die Ampel will deshalb Einnahmen mittelfristig als Pro-Kopf-Pauschale („Klimageld“) an alle Bürger*innen zurückzahlen.

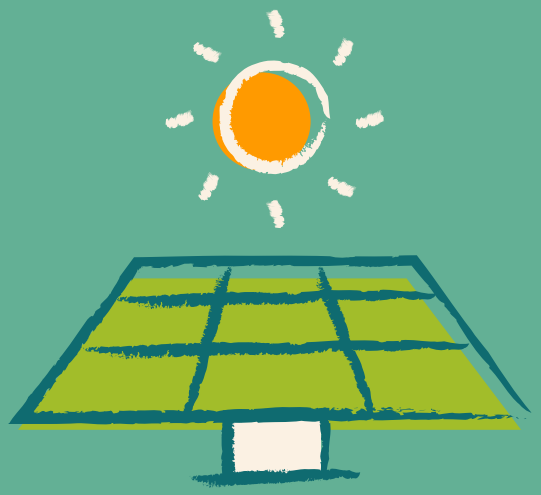
Ob das allerdings in ausreichendem Maße geschehen wird, ist unklar. Von der Pauschale würden ärmere Haushalte profitieren; gleichzeitig reduziert sie die Klimawirkung des Preises, indem sie zusätzlichen Konsum unter Wohlhabenderen fördert. Allein mit Preismechanismen lässt sich keine Klimapolitik betreiben, die Emissionen schnell, drastisch und sozial gerecht senkt.

All dies bedeutet nicht, dass es grundsätzlich falsch ist, Emissionen zu verteuern. **Doch sich vorwiegend auf diese Instrumente zu verlassen, ist klima- und sozialpolitisch riskant.**

ZUM WEITERLESEN

- → **Gesellschaftliche Kosten von Umweltbelastungen**
  Umweltbundesamt, 2021
  umweltbundesamt.de
- → **Nuts, Bolts, and Pitfalls of Carbon Pricing: An Equity-Based Primer on Paying to Pollute**
  NAACP, 2021 , naacp.org
- → **Geld wächst nicht auf Bäumen – oder doch? Wie die Natur und deren „Leistungen“ zu Waren gemacht werden**
  Magdalena Heuwieser
  FDCL/Finance & Trade Watch, 2015
- → **Klimascheinlösungen, eine Kampagne vieler Klimagerechtigkeitsgruppen,**
  www.klimascheinloesungen.de

ENERGIE-WIRTSCHAFT



ENERGIEWIRTSCHAFT

Für einen umwelt- und sozial-gerechten Energiesektor braucht es einen sehr schnellen Übergang von allen fossilen Energiequellen hin zu erneuerbaren Alternativen, einen Rückgang des Energieverbrauchs durch Suffizienz und Effizienz und eine starke demokratische Kontrolle der Energieversorgung. Zentral ist dabei der schnelle Ausstieg aus der fossilen Stromerzeugung. Abgeleitet vom verbleibenden Treibhausgas-Budget (siehe Kapitel Klimabudgets) gehen wir von einem Ausstieg aus Kohle- und Erdgasverstromung in den nächsten 2 Jahren als angemessenes Ziel aus.

Das Wuppertal-Institut schlägt einen Minderungspfad für die deutschen Treibhausgase mit einer schnellen Verringerung bis 2026 um fast 60% vor. Die entsprechende **Ausbaugeschwindigkeit der erneuerbaren Energien** beträgt 25–30 Gigawatt (GW) pro Jahr, etwa das Vier- bis Fünffache des derzeitigen Ausbautempos.[4] Da das Wuppertal-Institut ein zu großzügiges Treibhausgas-Budget zu Grunde legt, sehen wir diese Zahlen als absolutes Mindestmaß an. Dieser Ausbau wird nur möglich mit Maßnahmen um die derzeitigen ökonomischen, planungsrechtlichen und gesellschaftlichen Barrieren zu überwinden. Dabei ist aus demokratischer Sicht wichtig, dass der Ausbau nicht von wenigen Konzernen kontrolliert, sondern gesellschaftlich getragen wird, z.B. durch Bürger*innen-Genossenschaften. Der Umstieg auf erneuerbare Energien ist umso einfacher, wenn gleichzeitig der **Energieverbrauch verringert** wird. Dem Ziel einer absoluten Reduktion wird aber derzeit wenig Beachtung geschenkt – die Ampel erwähnt es nicht einmal. Stattdessen werden in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik technische Lösungen diskutiert, z.B. zur Elektrifizierung des Verkehrs- und Wärmesektors sowie die Herstellung synthetischer Kraftstoffe durch „überflüssigen“ erneuerbaren Strom.[5] Generell können diese technischen Lösungen einen wichtigen Beitrag leisten, werden aktuell aber als Strategie diskutiert, die ein „weiter so“ erlaubt – ohne den notwendigen Wandel der Konsumkultur und des Wachstumsparadigmas. Für diesen Pfad müssten sehr große zusätzliche Mengen erneuerbarer Energien bereitgestellt werden.[6] Die Mengen sind so groß, dass sie nur teilweise in Deutschland produziert werden könnten. Daher sehen die Szenarien den Import großer Mengen synthetischer Treibstoffe aus dem Ausland vor, insbesondere aus Nordafrika. Die sozialen und ökologischen Kosten der Produktion werden damit auf das Ausland abgewälzt. Zudem bleibt die Frage, wie die Exportländer ihre Klimaziele erreichen. Es besteht die Gefahr, dass auf Grund des hohen zusätzlichen Bedarfs an erneuerbaren Energien, für eine dekarbonisierte Stromversorgung und die Herstellung synthetischer Treibstoffe, auf riskante Techniken wie Atomkraft oder Kohlenstoffspeicherung zurückgegriffen würde. Auch Flächenkonkurrenz wird beim „endlosen“ Ausbau der Erneuerbaren zunehmend zum Problem, etwa zwischen Energie- und Nahrungsmittelproduktion.Für echte Klimagerechtigkeit braucht es deshalb eine starke Reduzierung des Energieverbrauchs durch Effizienz, Kreislaufwirtschaft und Suffizienz in den anderen Sektoren (Mobilität, Wohnen, Landwirtschaft, Industrie). Ein Ziel hierfür hat sich die Bundesregierung zuletzt 2019 gegeben (-30% Primärenergieverbrauch bis 2030 ggü. 2008, Halbierung bis 2050). Wir gehen davon aus, dass durch ein Weniger an Produktion und Konsum im Rahmen einer sozial-ökologischen Transformation deutlich höhere Ziele erreicht werden können.

Zentral für eine klimagerechte Energieversorgung ist außerdem, Energiearmut zu beenden und die Energieversorgung an den Bedürfnissen der Menschen auszurichten. Das heißt sie muss für alle bezahlbar und für ein gutes Leben ausreichend sein. Die Kosten des Umbaus müssen dementsprechend verteilt werden.

4 Wuppertal Institut: CO_2-neutral bis 2035, https://epub.wupperinst.org/files/7606/7606_CO2-neutral_2035.pdf.

5 Hierbei wird im ersten Schritt per Elektrolyse Wasserstoff aus Wasser gewonnen und dann direkt genutzt oder in einem zweiten Schritt mit Kohlenstoff in Kohlenwasserstoffe, z.B. Benzin umgewandelt. Für Szenarien, die diesem Prozess große Bedeutung zuweisen siehe Weiterlesen-Kasten.

6 In der Studie des Wuppertal Institut heißt es hierzu: „Würde der gesamte gegenwärtige fossile Brenn- und Kraftstoffbedarf alleine der Sektoren Verkehr und Gebäude durch synthetische (strombasierte) Energieträger gedeckt werden müssen, so würde dies aufgrund der hohen Umwandlungsverluste bei deren Erzeugung zu einem zusätzlichen Strombedarf von rund 2400 TWh führen. Dies entspricht der vierfachen Menge des gesamten derzeitigen Strombedarfs in Deutschland.“ Wuppertal Institut: CO_2-neutral bis 2035, https://epub.wupperinst.org/files/7606/7606_CO2-neutral_2035.pdf.

CHECK ENERGIEWIRTSCHAFT

	SPD	Die Grünen	FDP	Ampelkoalition
Kohleausstieg	Keine Angabe	Bis 2030	Keine Angabe	Ein beschleunigter Ausstieg sei „nötig“ und gelinge „idealerweise“ bis 2030. Die Formulierung suggeriert, dass man sich dabei vor allem auf den EU-Emissionsmarkt verlassen will (der Braunkohle zunehmend unrentabel macht) und auf eine ordnungsrechtliche Anpassung verzichtet. Fünf bedrohte Dörfer im Rheinischen Revier sollen gerettet werden; Lützerath (Rheinland) und Mühlrose (Lausitz) bleiben umkämpft. Ggf. soll Braunkohleinfrastruktur zur Abwicklung in eine öffentliche Stiftung überführt werden.
Gasausstieg	Nicht diskutiert	Die Grünen wollen Betriebsgenehmigungen für Erdgasinfrastruktur einschränken.	Nicht diskutiert	Zusätzliche Gaskraftwerke werden geplant und sollen auf Wasserstoff umstellbar (H2-ready) sein. Diese sollen ab 2045 nur noch mit nicht-fossilen Brennstoffen genutzt werden dürfen.
Ausbauziel erneuerbare Energien	Keine Angabe	Etwa 20 GW pro Jahr, ab Mitte der 20er Jahre mehr	Keine Angabe	Die Ampel legt für Photovoltaik mit 200 GW und Offshore-Windenergie mit 30GW installierter Leistung bis 2030 sehr ambitionierte, aber angemessene Ziele vor. Dies würde etwa einer Vervierfachung der Erzeugungskapazitäten entsprechen. Für die Windkraft an Land nennt die Koalition leider kein Ausbauziel. Aus der angestrebten Gesamtmenge von 544-600TWh aus Erneuerbaren im Jahr 2030 lässt sich aber ableiten, dass die installierte Leistung etwa verdoppelt würde. Für diesen Ausbau sollen 2% der Landesfläche ausgewiesen werden. Das Ausbauziel im Wärmebereich (50% klimaneutrale Erzeugung bis 2030) ist vor dem Hintergrund eines seit Jahren stagnierenden Anteils von rund 15% ambitioniert.
Schneller Ausbau erneuerbarer Energien mit Fokus auf kommunale und kleine Akteure	Die SPD will verbindliche Ausbaupfade in einem Zukunftspakt mit Bund, Ländern und Kommunen festlegen. Und nennt einige kleine Maßnahmen zur Stärkung des Ausbaus durch kleinere Akteure. Es bleibt unklar, wie diese Maßnahmen konkret zur Überwindung der Barrieren führen sollen.	Die Grünen nennen zahlreiche konkrete Maßnahmen zur Beschleunigung des Ausbaus und einige zur Beteiligung der Bürger*innen daran.	Die FDP setzt auf einen steigenden CO_2-Preis, Bürgerbeteiligung und einem Ausgleich mit Anwohner*innen. Insgesamt bleibt sie damit sehr unkonkret.	Die Ampel führt eine Reihe von Maßnahmen aus, die den Erneuerbaren-Ausbau beschleunigen sollen. Zwar sollen kommunale Gewinnbeteiligung bei Erneuerbaren-Anlagen gewährleistet und Bürger*innen-Energie gestärkt werden, doch diese für Klimagerechtigkeit zentralen Aspekte spielen im Vertrag kaum eine Rolle.
Ziele für die Verringerung des Energieverbrauchs	Keine Angabe	Keine Angabe	Keine Angabe	Keine Ziele genannt. Die Regierung rechnet mit einem deutlich steigenden Stromverbrauch, der wahrscheinlich vor allem durch die angestrebte Elektrifizierung des Autoverkehrs und den Einsatz von Wasserstoff in der Industrie verursacht wird.
Verhinderung sozialer Härten durch hohe Energiepreise	Die SPD will den Strompreis durch Abschaffung der EEG-Umlage senken und prüfen, ob weitere Ausgleichsmaßnahmen nötig sind.	Die Grünen wollen die EEG-Umlage senken und ein Energiegeld für alle einführen.	Die FDP will die Stromsteuer senken und EEG-Umlage abschaffen.	Die EEG-Umlage auf den Strompreis wird abgeschafft. Ein „Klimageld“ soll entwickelt werden. Wie das ausgestaltet wird und ob es soziale Härten durch hohe Energiepreise verhindert, ist unklar, da Sozialtarife sowie ein Ende von Stromabsperrungen nicht geplant sind.

Einordnung: Energiepolitische Widersprüche

Die Energiepolitik der Ampel wirft eine Reihe von Fragen und möglichen Konflikten auf. Beim Ausbau der Erneuerbaren sieht es danach aus, als würde die langjährige Blockade – vor allem durch das Wirtschaftsministerium – nun überwunden. Die nicht vollständig ausbuchstabierten Pläne der Ampel reichen in den angepeilten Ausbaukorridor von 25–30 Gigawatt pro Jahr hinein. Erfreulich ist auch die klare Absage an einen Atom-Wiedereinstieg. Die Formulierung zum „idealerweise" vorgezogenen Kohleausstieg lässt viele Fragen offen. Auch die Ausgestaltung einer möglichen öffentlichen Stiftung für den Kohleausstieg lässt viel Spielraum – von einer sinnvollen Vergesellschaftung zur Abwicklung und Renaturierung bis hin zu einem goldenen Ablösepaket, das die Konzerne aus ihrer Verantwortung befreit, ist hier vieles möglich.

Die eng verknüpften Erdgas- und Wasserstoffstrategien der neuen Regierung sind allerdings aus Klimagerechtigkeitsperspektive hochproblematisch: Erdgasförderung beinhaltet viele versteckte klimaschädliche (Methan-)Emissionen und ist in den Ländern, aus denen es importiert wird, vielfach mit Menschenrechtsverletzungen verbunden. Neue Gaskraftwerke werden mit dem Versprechen gebaut, später auf „grünen" Wasserstoff (produziert ausschließlich auf Basis erneuerbarer Energien) umstellbar zu sein. Die Potenziale für wirklich „grünen" Wasserstoff sind allerdings begrenzt, weshalb die Regierung den Ausbau von Wasserstoffinfrastruktur auch mit „grauem" Wasserstoff (etwa auf Basis von Erdgas) befeuern möchte. Hier ist also zu befürchten, dass faktisch neue fossile Infrastrukturen in großem Maßstab gebaut werden, die Pfadabhängigkeiten schaffen und dann von privatwirtschaftlichen Akteur*innen für einige Jahrzehnte betrieben werden, während ihre mittelfristige „Begrünung" kaum realistisch ist. So ist auch zu kritisieren, dass bis 2030 nur 80% des Stroms aus erneuerbaren Energien stammen sollen, und das bei – angesichts der wachstums- und elektrifizierungsorientierten Strategie der Regierung – recht konservativen, d.h. sehr niedrigen Annahmen zum künftigen Strombedarf. Umso wichtiger wäre es, durch Energieeinsparung den Gesamtbedarf zu senken. Dazu nennt die Koalition allerdings keine Ziele.

Auch wenn es um die soziale Abfederung der Energiewende geht, zeichnen sich Konflikte ab. Im Raum steht das Versprechen eines pauschalen Klimageldes für alle Bürger*innen als Ausgleich für steigende CO_2-Preise, von dem vor allem Ärmere profitieren sollen. Eine wirklich sozial gerechte und ökologisch sinnvolle Herangehensweise wäre es, ärmeren Haushalten einen Grundbedarf an Energie zum Sozialtarif zur Verfügung zu stellen, im Sinne eines Grundrechts auf Energie Stromabklemmungen zu verbieten (das gewährleistet das Klimageld nicht) und vor allem Luxusverbrauch stärker zu bepreisen. In diesem Bereich treten teilweise Spannungen zwischen Sozial- und Umweltverbänden auf. Es gibt aber auch ein großes Potenzial für gemeinsame sozial-ökologische Forderungen.

ZUM WEITERLESEN

→ **Wege in eine ressourcenschonende Treibhausgasneutralität**
Umweltbundesamt
https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/szenarien-konzepte-fuer-die-klimaschutz/rescue-wege-in-eine-ressourcenschonende

→ **CO_2-neutral bis 2035. Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5-°C-Grenze**
Wuppertal Institut für Klima
European Environmental Bureau
https://epub.wupperinst.org/files/7606/7606_CO2-neutral_2035.pdf

→ Herstellung synthetischer Kraftstoffe durch „überflüssigen" erneuerbaren Strom siehe z.B. https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/szenarienkonzepte-fuer-die-klimaschutz/rescue-wege-in-eine-ressourcenschonende oder https://www.agora-energiewende.de/veroeffentlichungen/klimaneutrales-deutschland-2045-vollversion.

INDUSTRIE

INDUSTRIE

Die industrielle Produktion von Gütern – von Autos über Zement bis hin zu Fernsehern – ist für einen großen Teil der Emissionen verantwortlich. Natürlich gilt es, die Produktion sozial-ökologisch umzubauen, durch immer effizientere Verfahren, ressourcenschonendere und recycelte Rohstoffe und mit immer mehr erneuerbarer Energie. Aber weil sich dadurch die Produktion nicht umfassend und ausreichend schnell von Emissionen und ökologischer Zerstörung entkoppeln lässt, braucht es auch einen Rückbau energie- und emissionsintensiver Industriezweige. Beispielsweise gilt es, **Sektoren wie Schwerindustrie, Automobilindustrie, Bergbau und Baugewerbe sozialverträglich zurückzufahren**. Außerdem können ganze Industriezweige und Dienstleistungssparten wegfallen, die keinen Beitrag zur Erfüllung wichtiger Bedürfnisse leisten oder einfach überflüssig gemacht werden können. Dazu zählen Rüstungs- und Werbeindustrie sowie große Teile der Versicherungs- und Finanzwirtschaft. Gleichzeitig können Sektoren, die besonders zentral für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse sind, ausgeweitet und unterstützt werden – z.B. der Care-Sektor (Pflege, Medizin, Gesundheitsversorgung und Erziehungsarbeit), Kultur und Bildung, nachhaltige Mobilität und sozial-ökologische Landwirtschaft.

Neben der Industriestruktur ist es wichtig, dass der gesamte Energie- und Ressourcenverbrauch verringert wird - durch das Zusammenspiel von Effizienz, Konsistenz und Suffizienz (siehe Kapitel Energiewirtschaft).

Um eine **Verringerung der Nachfrage nach Dienstleistungen und Produkten** zu erreichen, braucht es einen grundlegenden Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft. Dieser ist nicht allein mit typischer Umweltpolitik zu erreichen ist, sondern auch mit Maßnahmen wie kürzerer Erwerbsarbeitszeit für alle oder einem kulturellen Wandel hin zu Zeitwohlstand statt materiellem Wohlstand (siehe Kapitel Wirtschaftssystem). Im Sektor Industrie geht es dabei um Maßnahmen wie längere Garantiezeiten für Produkte, um Standards, die eine Reparatur erleichtern, oder um ein Verbot von Werbung im öffentlichen Raum.

Umwelteffizienz ließe sich durch die Verteuerung von Energie und Rohstoffen oder durch geringeren Verbrauch während der Nutzungsdauer erzielen. Entsprechende politische Instrumente wären z.B.

- Strompreise, die mit steigendem Verbrauch ansteigen,
- strenge absolute Energieverbrauchs-Standards, die vorgeben, dass ein Gerät – unabhängig von seiner Größe – nur eine bestimmte Menge Strom verbrauchen darf,
- Gerätestandards, die sich dynamisch an den effizientesten Geräten orientieren und
- Kontrollmaßnahmen, die zur Einhaltung der Standards nötig sind.

Bei der Strategie der **Konsistenz bzw. Kreislaufführung** geht es darum, unbedenkliche Ausgangsprodukte und Rohstoffe zu nutzen, sie so zu verarbeiten, dass möglichst vollständiges Recycling möglich ist und sie so immer wieder zu nutzen. Mögliche Maßnahmen sind strikte Design-Vorgaben, die eine Wiedernutzung ermöglichen, die Einführung von Pfandsystemen oder Nutzungs- statt Eigentumsrechten bei Konsumgütern. Konsistenz ist eine wichtige Strategie. Gleichzeitig wird oft übersehen, dass gerade auch das Recycling von Materialien mit hohem energetischem und finanziellem Aufwand verbunden ist, wenn z.B. wertvolle Metalle aus Elektronikbauteilen zurückgewonnen werden, in denen sie zu sehr geringen Mengen enthalten sind. Es ist daher wichtig (aber im Rahmen der Marktwirtschaft sehr schwierig), Recycling auf dem höchsten Niveau anzustreben, also Downcycling zu vermeiden.

CHECK INDUSTRIE

	SPD	Die Grünen	FDP	Ampelkoalition
Verkleinerung/Rückbau energie- und emissionsintensiver Industriezweige	Die SPD will eine langfristige Industriestrategie für den sozial-ökologischen Umbau. Genauer wird dieser Prozess nicht beschrieben. Positiv anzurechnen ist die Forderung, umweltschädliche Subventionen abzuschaffen.	Die Grünen wollen einen CO_2-Preis von 60 € pro Tonne im Jahr 2023 und den Abbau umweltschädlicher Subventionen. Darüber hinaus hat die „aktive grüne Industriepolitik", weniger eine Verkleinerung klimaschädlicher Industriezweige, sondern deren ökologische Modernisierung zum Ziel.	Wie die Union geht die FDP auf das Thema nicht ein und nennt nur den Emissionshandel, der in gewissem Maße zu der Entwicklung beitragen könnte.	Vom Rückbau energieintensiver Industrien ist keine Rede. Über neue Förderinstrumente sollen sie in ihren Bemühungen, Emissionen zu reduzieren, staatlich unterstützt werden. Die Regierung erklärt sich verantwortlich für die Gewährleistung „wettbewerbsfähige[r] Strompreise für Industrieunternehmen am Standort Deutschland".
Weniger Konsum von Dienstleistungen und Produkten	Nicht vorgesehen	Die Grünen wollen verbindliche Designvorgaben, sodass elektrische Geräte besser repariert werden können und eine Erhöhung diverser Garantievorgaben, um die Lebensdauer von Geräten zu verlängern. Außerdem soll die MWSt. für Reparaturleistungen gesenkt werden. Es fehlen Maßnahmen, die bei den Verbraucher*innen ansetzen.	Nicht vorgesehen	Nicht vorgesehen. (Langlebigkeit s.u. bei Kreislaufwirtschaft.)
Effizientere Produktion und Geräte	Die SPD will Energieeffizienzziele und -standards weiterentwickeln und Schlüsselindustrien bei der ökologischen Modernisierung unterstützen und bleibt damit sehr vage.	Die Grünen nennen einige konkrete Maßnahmen, z.B. das Knüpfen von Energiepreisvergünstigungen an Effizienzmaßnahmen und Investitionszuschüsse und Abschreibungen für ökologische Produktion. Darüber hinaus bleiben die Vorstellungen vage.	Die FDP setzt auf den Emissionshandel als einziges Instrument.	Energie- und Ressourceneffizienz wird eine „wichtige Rolle bei der Transformation" zugeschrieben. Subventionen könnten an Energieeffizienzmaßnahmen geknüpft und Produktstandards weiterentwickelt werden. Die Sprache des Koalitionsvertrags ist an dieser Stelle jedoch extrem vage und enthält kein klares Bekenntnis dazu, dass solche Maßnahmen vorgesehen sind. CO_2-Differenzverträge oder ähnliche Instrumente sollen Investitionen in klimafreundlichere Produktion attraktiver machen.
Maßnahmen zur Förderung der Kreislaufwirtschaft	Die SPD nennt einige Ziele, ohne konkret zu werden: Markt für umweltfreundliche Ausgangsmaterialien schaffen, nicht länger verschwenderisch mit Ressourcen umgehen, Abfallmenge reduzieren, raus aus der Wegwerfgesellschaft, möglichst viel Kunststoff vermeiden/wiederverwenden, Produkte recycelbar gestalten.	Die Grünen nennen viele Ziele: Kreislaufwirtschaft zum Standard machen und die Reparatur/Recyclingindustrie voranbringen, Rahmenbedingungen für die lange Nutzung von Gütern und andere. Die genannten Maßnahmen scheinen dafür aber nicht ausreichend: Herstellerverpflichtungen, Recyclingquoten, Steuern, Normen, Standards und Förderprogramme.	Die FDP will eine EU-weite Kreislaufwirtschaft und macht sich ausgerechnet für das chemische Recycling von Verpackungen stark.	„Produkte müssen langlebig, wiederverwendbar, recycelbar und möglichst reparierbar sein." Für IT-Geräte soll die Verfügbarkeit von Ersatzteilen gewährleistet werden. „[Ö]kologisch vorteilhafte Mehrweg-, Rücknahme- und Pfandsysteme sowie Branchenvereinbarungen" sollen Abfall reduzieren. Recycling soll gefördert und Quoten dafür erhöht werden – Letzteres aber auf europäischer Ebene. Trotz guter Ansätze fehlen hier überwiegend verbindliche Vorgaben, um einer Kreislaufwirtschaft tatsächlich näher zu kommen.

Einordnung: Grüner Standortnationalismus

Die Industriepolitik der Ampelkoalition spricht eine sehr klare Sprache: Ziel ist die ökologische Modernisierung des Industriestandorts Deutschlands, wobei gerade die Exportindustrien mit staatlicher Förderung zu „grünen" Marktführerinnen werden sollen. Die Transformation der Wirtschaft wird als Chance für Unternehmen und den „Industriestandort Deutschland" gesehen. Sicherlich können so vorhandene Öko-Effizienzpotenziale stärker genutzt werden. Dennoch wird hier deutlich, wie sehr die Klimapolitik der Ampel an Wirtschaftsinteressen gekoppelt ist. Alles soll im Einvernehmen mit der Industrie geschehen, jegliche Belastungen für Unternehmen vermieden werden. So sind den notwendigen sehr schnellen Senkungen von Emissionen durch die technische Machbarkeit klare Grenzen gesetzt.

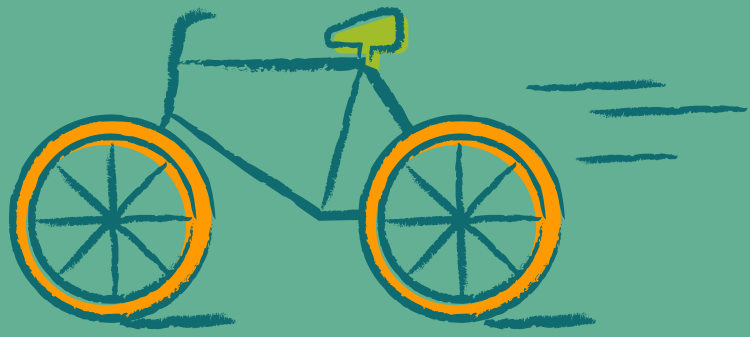
Vor allem aber macht dieser Ansatz globale Klimagerechtigkeit unmöglich. Das „grüne" Wachstum in Deutschland ist auf knappe Rohstoffe aus aller Welt angewiesen. So ist vollkommen unklar, wie auf global gerechte Art und Weise längerfristig die Rohstoffe für Elektroautos, Batterien oder den für grünen Stahl notwendigen Wasserstoff eingeführt werden sollen. Der „grüne" Kapitalismus der Ampelkoalition basiert also, ohne dies zu thematisieren, auf dem ungleichen Zugriff auf billige Resourcen aus dem globalen Süden. Ärmere Länder haben nicht nur weniger zur Klimakrise beigetragen, sie sind auch umso stärker von den Folgen betroffen – und haben kaum Chancen, im geopolitischen Wettbewerb um „grüne" Technologien mitzuhalten. Die deutsche Strategie ist also nicht im globalen Maßstab verallgemeinerbar. Der „grüne" Wohlstand hier lässt sich nur dauerhaft verwirklichen, indem er auf Kosten anderer entsteht und diesen vorenthalten wird.

→ **12 Argumente für eine Rohstoffwende**
Arbeitskreis Rohstoffe
https://ak-rohstoffe.de/wp-content/uploads/2021/02/Argumentarium_210211_final.pdf

→ **Damit gutes Leben einfacher wird**
Uwe Schneidewind, Angelika Zahrnt

→ **Degrowth/Postwachstum zur Einführung**
Matthias Schmelzer, Andrea Vetter

VERKEHR



VERKEHR

Nachhaltige und sozial gerechte Mobilität setzt eine umfassende Verkehrswende voraus. Dabei geht es nicht nur darum, die seit Jahren immer weiter steigenden Emissionen des Verkehrs durch das Auslaufen von Verbrennungsmotoren und fossilen Brennstoffen sehr schnell zu senken. Es geht auch um eine grundlegend andere Art der Fortbewegung: mehr öffentlich als privat, vernetzt, für alle zugänglich, an Bedürfnissen orientiert, in Herstellung und Betrieb ressourcenschonend. Der Verkehr der Zukunft muss allen Menschen unabhängig von ihrem Geldbeutel und barrierefrei das Recht auf Mobilität gewährleisten und damit zusammenhängend das „Recht auf Stadt" und Lebensqualität auf dem Land garantieren. Gleichzeitig muss der Verkehr innerhalb kürzester Zeit vollständig dekarbonisiert werden. Die Herausforderung ist auch deswegen groß, weil die Emissionen im Bereich Mobilität seit 1990 auf hohem Niveau verharren und die Autoindustrie als Kern des deutschen Exportmodells und als großer Arbeitgeber über Lobbyarbeit und Drehtüreffekte sehr großen Einfluss auf Politik und Gesellschaft hat. Aber auch kulturell ist das Auto als Statussymbol und Symbol der Freiheit tief in der Gesellschaft verankert.

Eine umfassende Verkehrswende braucht auch **neue ökologische Antriebe wie Elektroautos und einen gezielten Einsatz von Wasserstoff**, etwa für den Anteil am Schwerlastverkehr, der auch mit einer sehr stark regionalisierten Wirtschaft unvermeidbar ist. **Ein Ende des Verbrennungsmotors für Neuwagen** (und der Produktion für den Export) innerhalb der nächsten Legislaturperiode und nicht erst in 10 Jahren oder später wäre daher ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Vor allem aber braucht die Verkehrswende soziale Veränderungen, **viel stärker gemeinschaftlich nutzbare Infrastrukturen wie Züge und Nahverkehr und insgesamt eine Reduktion des Verkehrsaufkommens**, wenn die Dekarbonisierung des Sektors umwelt- und sozial gerecht gelingen soll. Hierzu gehört überhaupt erst mal eine Zielstellung für die Nutzung der Verkehrsträger zu formulieren.

Es reicht nicht, ausschließlich Elektromobilität zu fördern, die aufgrund des damit verbundenen Ressourcenverbrauchs, der globalen Rohstoffungerechtigkeit und der allgemeinen Energieknappheit nicht als alleinige Alternative taugt. Vielmehr muss der **Autoverkehr deutlich abnehmen**, in der Stadt schneller und umfassender als auf dem Land: So könnten neue Verbrenner verboten, autofreie Innenstädte etabliert, die **Zulassungszahlen für neue Pkw radikal gesenkt und die Auslastung von Pkw, Bussen und Zügen erhöht werden.** Es gilt die Anreize für die Nutzung privater Pkws zurückzufahren – von Dienstwagenprivilegien bis hin zu Tempolimits auf Autobahnen.

Gleichzeitig gibt es vielfältige Maßnahmen, die umweltfreundliche Alternativen zum Auto stärken: **Entwicklung von Fahrradinfrastruktur und Radwegen bei gleichzeitigem Rückbau von Autostraßen; umfassender Ausbau und Vergünstigung des ÖPNV**, teils auch als entgeldfreie Infrastruktur, die allen zur Verfügung steht. Der **Ausbau des regionalen, überregionalen und europäischen Zugverkehrs**, der auch die Wiedereinführung von Nachtzügen als Ersatz für Flüge beinhaltet und schließlich die vermehrte Nutzung von Sharing-Alternativen – vom Lastenrad bis zum Elektrobus – könnten weitere zukunftsfähige Maßnahmen sein. Im Flugverkehr muss die durchschnittliche Anzahl von Flügen pro Person und Jahr sinken. **Fliegen sollte langfristig nur noch aus besonderen Gründen erfolgen.** Maßnahmen hierzu wären Verbote von Kurzstrecken, die Stärkung und finanzielle Gleichstellung von Bahn- und Busverkehr, die Streichung aller Subventionen für die Flugindustrie, Moratorien auf den Bau von Fluginfrastruktur oder eine Begrenzung von Flügen pro Person bzw. Vielflieger*innenabgaben. Und auch der **Güterverkehr** muss nicht nur dringend sehr viel stärker von der Straße auf die Schiene verlagert, sondern durch eine **Regionalisierung der Wirtschaft und eine geringere Produktion von Gütern** insgesamt reduziert werden.

CHECK VERKEHR

	SPD	Die Grünen	FDP	Ampelkoalition
Ambitionierte Ziele für eine umfassende Verkehrswende	Die SPD betont, dass Mobilität ein Grundbedürfnis ist, setzt daher auch auf den Ausbau öffentlicher Infrastrukturen. Vor allem aber versteht sie die Verkehrswende als technologisches Projekt (Elektrifizierung, Wasserstoff) und Infrastrukturprojekt. Dabei gehe es auch um den Erhalt des Automobilstandorts Deutschland als „Leitindustrie“.	Die Grünen formulieren sehr vielfältige und konkrete Ziele für den Verkehrssektor, in Form von Elektrifizierung und Stärkung von Rad und Schiene. Sie thematisieren auch eine Abkehr von der Automobilität und erkennen die Notwendigkeit für eine Reduktion des Flugverkehrs an, auch wenn hier die Maßnahmen unkonkret bleiben.	Die FDP formuliert wenig Ziele, darunter mehr Personen und Güter auf der Schiene zu transportieren und „mehr alternative Kraftstoffe“. Neben einem CO_2-Preis sieht sie keine Notwendigkeit für eine grundlegende Transformation des Sektors.	Die Verkehrswende wird vor allem als technisches Projekt verstanden, zentral setzt die Ampel dabei auf Elektroautos. Sie will einen „neuen Infrastrukturkonsens“ für Verkehrswege, der aber inhaltlich nicht näher bestimmt wird. Die Straßenverkehrsordnung soll in Zukunft soziale und ökologische Ziele mitberücksichtigen. Die Ampel will bis 2030 Fahrgastzahlen im Bahn-Fernverkehr verdoppeln und den Schienenanteil im Güterverkehr auf 25% steigern. Auch im ÖPNV sollen Fahrgastzahlen „deutlich“ gesteigert werden.
Umstellung des Verkehrssektors auf erneuerbare Energien	Die SPD setzt ähnlich wie die Union vor allem auf die Förderung von E-Autos, ohne einen Ausstieg aus den Fossilen zu forcieren. Sie verspricht eine Unterstützung der Automobil- und Zulieferindustrie bei der Umstellung, auch durch den Aufbau regionaler Transformationscluster.	Ab 2030 sollen laut den Grünen nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen werden – auch das ziemlich spät. Sie versprechen den Ausbau von elektrischer Infrastruktur auch auf dem Land. So soll es bis 2030 mindestens 15 Mio. E-Autos geben, auch durch Kaufförderung und ein Beenden der Diesel-Subventionen.	Die FDP setzt vor allem auf den CO_2-Preis, der auf den gesamten Verkehrssektor ausgeweitet werden soll. Die Liberalen wollen alle Subventionen und Förderungen auslaufen lassen, es soll keine Kaufprämien geben, und sie wollen die Zertifizierung für alternative Kraftstoffe vereinfachen.	2030 sollen „mindestens 15 Millionen vollelektrische Pkw“ in Deutschland fahren. Das Schienennetz soll bis 2030 zu 75% elektrifiziert werden. Ein klares Aus für den Verbrennermotor fehlt; hier wird nur auf die allerdings noch nicht endgültig beschlossenen EU-Vorgaben (2035) verwiesen.
Reduzierung des Autoverkehrs	Das SPD-Programm enthält keine Maßnahmen zur Reduzierung des Autoverkehrs. Allein die Forderung eines Tempolimits von 130 km/h auf Bundesautobahnen geht in die richtige Richtung.	Die Grünen haben das differenzierteste Programm, um die Abkehr von und die Einschränkung der heute so selbstverständlichen Automobilität zu organisieren. So fordern sie u.a. weniger Autos in Städten, Tempolimits ähnlich wie die Linke, und weitgehende Moratorien auf den Straßenbau. Aber auch hier liegt der Fokus mehr auf E-Autos als einer Reduzierung des Individualverkehrs.	Die FDP sieht keine Notwendigkeit, Fahrverbote werden explizit abgelehnt.	Eine Reduktion des Autoverkehrs wird nicht angestrebt. Ein Tempolimit wird ausgeschlossen, öffentlicher Raum für Autos nicht begrenzt und Subventionen nicht verbindlich abgebaut.
Stärkung umweltfreundlicher Alternativen zum Auto	Die SPD verspricht einen Mobilitätsplan bis 2030, der alle neuen Bahnen und Busse erneuerbar, sowie den ÖPNV stärkt und günstiger macht. Daneben nennt die SPD vage Förderprogramme für Radverkehr, den Ausbau eins europäischen Zugnetzes, den Deutschlandtakt und anderes.	Die Grünen wollen den ÖPNV attraktiver, innovativer und vollständig barrierefrei und günstiger machen, so soll es eine Verdopplung der Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030 geben. Und sie nennen sehr viele Maßnahmen zur Stärkung der Radinfrastruktur, wollen den Zugverkehr ausbauen, auch mehr in der Fläche und dafür 100 Mrd. bis 2030 investieren, sowie die Bahn auf ihr Kerngeschäft ausrichten.	Die FDP will vor allem Innovation fördern durch „faire Wettbewerbsbedingungen für alle Mobilitätsdienstleister“, wobei der ÖPNV mitgedacht wird, keine Maßnahmen zu Fahrrad, weitere Privatisierung der Bahn, mehr Wettbewerb auch durch Fernbusse.	Es soll einen „Ausbau- und Modernisierungspakt“ für den ÖPNV geben. Förderungen für klimaneutrale Busse im ÖPNV werden verlängert, aber offenbar nicht erweitert. Der ÖPNV soll barriereärmer werden und digitale Buchungssysteme die Verknüpfungen verschiedener Verkehrsmittel fördern. Im Bahn-Fernverkehr sollen ein „Deutschlandtakt“ eingeführt und zusätzliche Investitionsmittel bereitgestellt werden. Insgesamt soll stärker in Schienen als in Straßen investiert werden. Unklar bleibt, ob so eine Fahrgastverdoppelung realisierbar ist. In der Fahrradpolitik sollen im Wesentlichen bestehende Pläne und Instrumente fortgeschrieben werden.
Reduzierung des Flugverkehrs	Die SPD nennt keine Maßnahmen zur Reduzierung des Flugverkehrs. Im Programm steht nur, dass Bahnfahren innereuropäisch günstiger und attraktiver als Fliegen sein soll.	Die Grünen wollen Kurzstreckenflüge ab sofort verringern und bis 2030 überflüssig machen durch attraktivere Bahnverbindungen und Streichung der Subventionen für die Flugindustrie – die Maßnahmen sind jedoch unkonkret und lassen den Langstreckenflugverkehr unangetastet. Es soll keinen Ausbau der Flughafeninfrastruktur geben.	Die FDP nennt keine Maßnahmen zur Reduzierung des Flugverkehrs. Sie will die Luftverkehrssteuer abschaffen und fordert sogar, eine Ausweitung von Nachtflugverboten zu verhindern.	Durch bessere Bahnverbindungen sollen Kurzstreckenflüge reduziert werden. Steuererhöhungen sollen aber erst nach 2023 geprüft werden, wenn die Flugbranche die Corona-Krise überstanden hat. Der Markthochlauf von synthetischen Kraftstoffen für klimaneutrales Fliegen soll unterstützt werden. Den „Luftfahrtproduktionsstandort Deutschland“ will die Regierung stärken und Deutschland zum „Vorreiter beim CO_2-neutralen Fliegen“ machen – dabei wird das frühestens in einigen Jahrzehnten technisch und wirtschaftlich möglich sein.

Einordnung: Vom E-Auto zur Mobilitätswende?

Die Verkehrspolitik ist ein absehbares Dauerkonfliktfeld innerhalb der Koalition. Das Verkehrsministerium wurde – für viele überraschend – durch die FDP besetzt. Der Koalitionsvertrag zeigt demgegenüber hier in einigen Bereichen eine grüne Handschrift, lässt aber auch viele Punkte zur weiteren Aushandlung offen. Der Bahn(fern)verkehr soll deutlich aufgewertet und das Mobilitätssystem insgesamt modernisiert und stärker auf das Zusammenspiel verschiedener Verkehrsmittel ausgerichtet werden. Dagegen wirkt das Engagement der Regierung für einen ÖPNV-Ausbau bemerkenswert zurückhaltend. Gleichzeitig zeigt der Abschnitt zum Autoverkehr, dass die individuelle Automobilität nach wie vor eine sehr zentrale Rolle spielt: Relativ ambitionierte Ausbauziele für Elektromobilitätsinfrastruktur verbinden sich hier mit maximaler Zurückhaltung bei der Regulierung von Verbrennermotoren, bei der sich die Regierung hinter der anstehenden EU-Regulierung versteckt (die Kommission schlägt ein Verbrenner-Aus für 2035 vor; Beschlüsse hierzu wird es erst 2022 geben). Klare Verabredungen zum weiteren Autobahnausbau fehlen. Hier zeigt sich symptomatisch die Hoffnung der ökologischen Modernisierung, dass allein die Förderung erneuerbarer technologischer Alternativen wie Elektroautos dazu führt, dass fossile Antriebe verschwinden – mit unklarem Ausgang –, während jegliche noch so kleine Veränderungen der Lebensweise, die oft unmittelbar Wirkung zeigen würden (wie ein Tempolimit), nicht berücksichtigt werden.

Beim Flugverkehr setzt die Ampel auf das Versprechen „grünes Fliegen“, das aber nach allen verfügbaren Branchenprojektionen bestenfalls ferne Zukunftsmusik ist. Kurzstreckenflüge will die Ampel zwar verringern, bekennt sich dafür allerdings zu keinen klaren Maßnahmen. Alleine über die langfristige Steigerung der Attraktivität der Bahn lässt sich die Klimazerstörung hier auf absehbare Zeit kaum verringern. Die Emissionen aus Langstreckenflügen werden so voraussichtlich sogar noch ansteigen.

Für die Klimabewegung wird die Auseinandersetzung um eine echte Mobilitätswende damit noch stärker ins Zentrum rücken. Durch Konflikte innerhalb der Regierung könnten zusätzliche Spielräume entstehen. Die Konfliktfelder sind vielfältig: die Autoindustrie selbst, Bauprojekte für Autobahnen, innerstädtische Raumverteilung und Verkehrskonzepte, Verkehrsplanung für ländliche Räume oder Flughafenprojekte. Auch die Rolle der deutschen Regierung bei den anstehenden Verhandlungen um das EU-weite Ende des Verbrennermotors wird für die Klimabewegung ein relevantes Thema. Möglicherweise kommt auch noch einmal die Frage der Bahnprivatisierung auf den Tisch. Hier hat die Ampel bemerkenswerterweise nach dem öffentlichen Aufschrei im Herbst die durchgesickerten Pläne zur Teilprivatisierung der Bahn zunächst zurückgenommen.

ZUM WEITERLESEN

- → **Forderungen**
  Am Boden bleiben
  https://www.ambodenbleiben.de/wer-wir-sind/forderungen
- → **Stay Grounded: Destination Degrowth. Flugverkehr gerecht reduzieren**
  https://de.stay-grounded.org/report-degrowth-of-aviation
- → **Verkehrswende: Ein Manifest**
  Carl Waßmuth, Winfried Wolf
- → **Zukunft für Alle. Eine Vision für 2048, Kapitel 12**
  Konzeptwerk Neue Ökonomie (Hg.)
  https://zukunftfueralle.jetzt/buch-zum-kongress/12-mobilitaet

LANDWIRT-SCHAFT

LANDWIRTSCHAFT

Die Produktion unserer Lebensmittel in einem industrialisierten Agrarsystem ist geprägt von hohem Ressourcenverbrauch, hohen Emissionen (Treibhausgase, Stickstoff, Pestizide und andere), Bodendegradation, der Zerstörung der Artenvielfalt, Tierqual, der Ausbeutung von Arbeiter*innen und der Externalisierung von Kosten in die Zukunft und in den globalen Süden. Um diese Folgen abzumildern, braucht es einen möglichst schnellen Übergang zur sozial-ökologischen Landwirtschaft. Das Ziel von 30 Prozent Ökolandbau bis 2030 erscheint aus Sicht des begrenzten Treibhausgasbudgets und der zahlreichen negativen Auswirkungen der industriellen Landwirtschaft als ungenügend. Trotzdem ist es die Maximalforderung auch von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und wir nutzen sie als Orientierung. Mögliche Maßnahmen für den Ausbau sind ökologische Kriterien für Subventionen, das Verbot umwelt-, tier- und klimaschädigender Praktiken, die Förderung ökologischer und solidarischer Betriebe und die Einpreisung von Folgekosten.

In den letzten Jahrzehnten haben die Rahmenbedingungen in der Landwirtschaft zu einer starken Konzentration von landwirtschaftlichen Flächen und Betrieben geführt. Immer größere Agrarkonzerne, mit entsprechend großem Einfluss auf demokratische Entscheidungen, entstehen. Bodenspekulation treibt die Preise nach oben. Diesem Trend muss durch die **Stärkung kleiner und mittlerer Betriebe** entgegengewirkt werden. Maßnahmen hierfür sind die Verhinderung weiterer Konzentration durch (kartell-) rechtliche Instrumente, die Eindämmung von Boden als Spekulationsobjekt und die Bereitstellung bundeseigener Flächen.

Neben den ökologischen Folgen sind die industrielle Landwirtschaft sowie die nachgeordneten Industrien geprägt von schlechten Arbeitsbedingungen für Bäuer*innen, saisonalen (migrantischen) Arbeiter*innen und Beschäftigten. Ein zentraler Grund hierfür ist die Marktmacht der verarbeitenden Industrie und des Handels, die die Landwirtschaftsbetriebe auf sehr geringe Preise festlegen können. Der Staat muss daher Maßnahmen einführen, um die **Position der landwirtschaftlichen Arbeiter*innen und Bäuer*innen zu stärken**, z.B. über das Arbeitsrecht und die Durchsetzung fairer Preise für Lebensmittel. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass auch Menschen, die von Armut betroffen sind, sich gesundes Essen leisten können, etwa über erhöhte Regelsätze im neuen „Bürgergeld".

Auf der Seite des Konsums sind die großen Mengen **fleischlicher und tierischer Nahrungsmittel zu reduzieren**, um Treibhausgasemissionen und Tierqualen zu verringern. Maßnahmen hierfür sind einerseits solche, die mehr Tierwohl zum Ziel haben, z.B. das Verbot von tierquälerischen Verfahren und Haltung. Andererseits geht es um Instrumente, die zu einem Rückgang des Fleischkonsums führen, z.B. die relative Verteuerung tierischer Produkte, mehr fleischloses Essen in öffentlichen Kantinen und über einen öffentlich geförderten kulturellen Wandel.

Neben dem Konsum von Fleisch sind schließlich die großen Mengen von **Lebensmittelabfällen** (etwa 12 Mio. Tonnen pro Jahr) weder aus ökologischer noch sozialer Sicht zu rechtfertigen. Die „Nationale Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung"[7] ist nicht ausreichend zur Verringerung der Lebensmittelabfälle, da sie vor allem auf Information und Freiwilligkeit beruht. Daneben braucht es verbindliche Regeln für die Landwirtschaft, den Handel und die Nahrungsmittelindustrie.

7 https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ernaehrung/Lebensmittelverschwendung/Nationale_Strategie_Lebensmittelverschwendung_2019.html

CHECK LANDWIRTSCHAFT

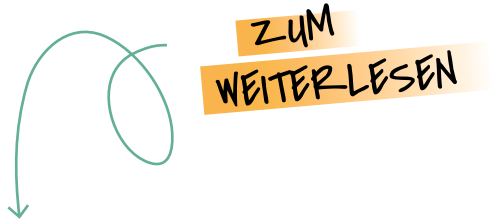
	SPD	Die Grünen	FDP	Ampelkoalition
Ziele und Maßnahmen für einen ökologischen Umbau der Landwirtschaft	Die SPD nennt ebenfalls kein Ziel und bleibt ähnlich vage wie die CDU. Sie distanziert sich nicht von der industriellen Landwirtschaft. Die Agrarförderung möchte sie so ausrichten, dass umweltschonende Landwirtschaft mithalten kann und den Einsatz von Dünger und Pestiziden reduzieren.	Die Grünen nennen die ökologische Landwirtschaft als Leitbild und planen umfängliche Maßnahmen dazu. So soll z.B. die Gemeinsame Agrarpolitik der EU darauf ausgerichtet werden, dass bis 2030 der Ökolandbau einen Anteil von 30% erreicht, der Pestizideinsatz soll verringert werden.	Die FDP sieht keinen Widerspruch zwischen biologischer und konventioneller Landwirtschaft. Sie setzt auf Digitalisierung, Entbürokratisierung und ein Ende der Subventionierung.	Ökolandbau soll bis 2030 auf einen Anteil von 30% erhöht werden (derzeit etwa 10%; bisheriges Ziel für 2030 waren 20%); dafür werden Fördermittel erhöht. Durch verschiedene Maßnahmen soll der Pestizideinsatz reduziert und Biodiversität geschützt werden.
Stärkung kleiner und mittlerer Betriebe	Die SPD will den Boden den Betrieben vor Ort zuführen und der Spekulation entziehen – leider bleibt es unkonkret.	Die Partei will ein Ende der Bodenspekulation, den Ausverkauf von Flächen verhindern und bundeseigene Flächen an lokale bäuerliche Betriebe verpachten. Öffentliche Gelder sollen vorrangig an kleine und mittlere Betriebe gehen.	Die FDP will eine „marktwirtschaftliche Preisbildung in der gesamten Wertschöpfungskette“, um die fortschreitende Konzentration von Marktmacht aufzuhalten.	Bundeseigene Landwirtschaftsflächen sollen „vorrangig an nachhaltig bzw. ökologisch wirtschaftende Betriebe verpachtet und nicht veräußert“ werden. Davon können kleine Betriebe profitieren. Über diesen wichtigen Schritt hinaus gibt es keine Maßnahmen gegen das Höfesterben.
Stärkung der Position der Arbeiter*-innen und Bäuer*innen	Die SPD will faire Preise für Nahrungsmittel und sich für faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen einsetzen. Prekäre Beschäftigung von Wanderarbeiter*innen will sie bekämpfen. Leider nennt sie keine konkreten Maßnahmen.	Die Grünen wollen mit konkreten rechtlichen Mitteln gegen Dumpingpreise und Konzentration in der Lebensmittelbranche vorgehen. Die Forderungen nach mehr Rechten für Beschäftigte sowie bessere Bedingungen für Saisonarbeiter*innen bleiben dagegen unkonkret.	Die FDP setzt allein auf faire Wettbewerbsbedingungen für eine Verbesserung der Situation von Landwirt*innen, ohne konkret zu werden.	Unfaire Handelspraktiken von Lebensmittelkonzernen sollen eingeschränkt werden, allerdings nicht sehr konkret. Saisonarbeitskräfte aus dem Ausland sollen arbeitsrechtlich besser geschützt und krankenversichert werden.
Verringerung des Konsums von Fleisch und tierischen Produkten	Für das Tierwohl will die Partei die Einführung einer flächenbezogenen Obergrenze. Auf der Nachfrageseite fordert die Partei ein verpflichtendes Tierwohllabel und bleibt sonst vage – sie will eine gesunde Ernährung für alle ermöglichen und dafür in staatlichen Einrichtungen entsprechende Verpflegung anbieten. Konsument*-innen soll die nachhaltige Wahl erleichtert und ein Nachhaltigkeitslabel eingeführt werden.	Die Grünen wollen Tierhaltung an Fläche und Obergrenze und Stall binden, tiergerechte und brandsichere Ställe zum Standard machen und andere Maßnahmen für das Tierwohl. Auf der anderen Seite will die Partei regionales und ökologisches Essen in öffentlichen Einrichtungen, die steuerliche Besserstellung von Fleischersatzprodukten und ökologisch und sozial gerechte Preisbildung bei Lebensmitteln. Die Partei nennt mehr Maßnahmen auf der Nachfrageseite, bleibt aber insgesamt zu vage.	Die FDP fordert nur ein Tierwohllabel und die regelmäßige Kontrolle des Tierwohls sowie die schrittweise Überwindung der Anbindehaltung. Auf der Nachfrageseite will sie transparente Nährwertinformationen und Ernährungsbildung.	Die Ampel gibt keine Ziele zur Verringerung von Tierproduktion und Fleischkonsum aus. Fleischersatzprodukte sollen bessere Zulassungsbedingungen erhalten. Die Ampel will eine umfassende Kennzeichnungspflicht für Produkte einführen, Subventionen sollen an tierfreundlichere Haltungsmethoden gekoppelt und einige Tierschutzmaßnahmen verbessert werden.
Verringerung von Lebensmittelabfällen	Die SPD will Produzent*innen und Handel untersagen, Nahrungsmittel wegzuwerfen.	Die Grünen planen ein Rettet-die Lebensmittel-Gesetz mit Reduktionszielen und dem Zwang für Handel und Produzenten, Lebensmittel weiterzugeben, statt wegzuwerfen. „Containern“ soll entkriminalisiert werden.	Die FDP will das Mindesthaltbarkeitsdatum durch ein dynamisches Verderbslimit ersetzen. Sonst nennt sie keine weiteren Maßnahmen.	Die Regierung will „gemeinsam mit allen Beteiligten die Lebensmittelverschwendung verbindlich branchenspezifisch reduzieren“ – das bleibt allerdings sehr vage. Zudem sollen Lebensmittelspenden steuerbegünstigt und haftungsrechtlich abgesichert werden.

Einordnung: Agrarindustrie bleibt vorerst unantastbar

Auch wenn das 30%-Ziel für Ökolandbau auf den ersten Blick überschaubar wirkt, würde es eine Verdreifachung innerhalb von weniger als zehn Jahren bedeuten. Das ist zwar relativ ambitioniert, reicht jedoch bei Weitem nicht für die notwendige vollständige Dekarbonisierung der Landwirtschaft und die damit einhergehende sozial-ökologische Ernährungswende. Fraglich bleibt auch, ob vergrößerte Fördertöpfe für die Umsetzung ausreichen, zumal in diesem Bereich schon die bisherigen, niedrigeren Ziele seit Jahren nicht eingehalten werden. Den Ausverkauf öffentlicher Flächen zu stoppen, ist ein positiver Schritt. Ansonsten wird jedoch an den Strukturen der Agrarindustrie wenig gerüttelt: Das anhaltende Verschwinden kleinerer Betriebe ist kein Thema, die Tierproduktion soll unvermindert weitergehen und das Ziel, Lebensmittelkonzerne beim Missbrauch – oder Gebrauch – ihrer Marktmacht gegenüber Landwirt*innen zu stoppen, wird nicht mit konsequenten Maßnahmen unterfüttert.

Zunehmend wird auch die Anpassung an die Klimakrise in der Landwirtschaft bedeutender, auch hier tut die Ampel wenig – und Möglichkeiten für einen Zusammenschluss sozialer Bewegungen tun sich auf.

Interessant wird die Umsetzung der angekündigten Verbesserungen für internationale Saisonarbeitskräfte – auch ein wichtiger Aspekt in der Auseinandersetzung um eine sozial-ökologische Landwirtschaft. Hier scheint die Selbstorganisation vieler Beschäftigter, zunehmend unterstützt durch Gewerkschaften, nach einigen Skandalen im ersten Corona-Jahr zu ersten Verbesserungen zu führen. Doch für eine konsequente Umsetzung und wirklich faire Bedingungen müssen diese Arbeitskämpfe mit zivilgesellschaftlicher Unterstützung in den nächsten Jahren sicher weitergehen.



→ **Aktion Agrar (2021). Aktionsheft für die Agrarwende.**
https://www.aktion-agrar.de/wp-content/uploads/2021/01/Aktionsheft_Agrarwende_2021_Inhalt_web.pdf

→ **Szenario für Ökologisierung der Landwirtschaft bis 2050**
Greenpeace
https://www.greenpeace.de/agrarwende2050

→ **Forderungskatalog Digitalisierung in der Landwirtschaft**
INKOTA Netzwerk
https://webshop.inkota.de/node/1599

→ **Unsere Forderungen 2021**
Wir haben es satt
https://www.wir-haben-es-satt.de/informieren/aufruf/forderungen-2021/

→ **Darum brauchen wir Ernährungsräte**
https://ernaehrungsraete.org/

WOHNEN UND GEBÄUDE

WOHNEN UND GEBÄUDE

Wohnen ist ein zentrales Grundbedürfnis, in der aktuellen Form aber auch ein erheblicher Treiber der Klimakrise und angesichts steigender Mieten für immer mehr Menschen kaum bezahlbar. Ein großer Teil der Treibhausgasemissionen für Bau und Betrieb von Gebäuden – zum Wohnen, Arbeiten und für die Freizeit – entsteht durch das Heizen mit fossiler Energie, vor allem durch Öl- und Gasheizungen. Daneben erzeugt auch der Neubau von Gebäuden mit Materialien wie Beton, Stahl und Ziegeln auf fossiler Basis große Mengen an Emissionen. Der Neubau stellt eine oft vernachlässigte, aber sehr relevante Emissionsquelle dar. In der Form von Eigenheimen und der Erschließung neuer Bauflächen versiegelt er Böden, zersiedelt Landschaften und zwingt dadurch zu mehr Verkehr, verteilter Infrastruktur und zerstört Ökosysteme. Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person nimmt seit Jahrzehnten zu und ist dabei sehr ungleich verteilt, während gleichzeitig die Mieten in Ballungsgebieten und Großstädten explodieren. Neben der Notwendigkeit, Heizen und Bauen zu dekarbonisieren, ist daher die Forderung nach bezahlbarem und gutem Wohnraum für alle eine Grundvoraussetzung für ein gutes Leben.

Zur Verringerung der Emissionen ist es besonders wichtig, die **Häufigkeit und Qualität energetischer Sanierungen deutlich zu erhöhen** und den verbleibenden Wärme- und Kältebedarf durch Wärmepumpen, solarthermische Kollektoranlagen oder grüne Nah- bzw. Fernwärme zu erzeugen. Durch öffentliche Investitionen und verbindliche Vorgaben gilt es, energetische Sanierungen voranzubringen (bisher sind erst 4% der Gebäude vollständig energetisch saniert) und dabei gut bezahlte und sichere Arbeitsplätze zu schaffen, inklusive der dafür notwendigen Umschulungen. **Damit der Umbau nicht mit ökologisch schädlichen und emissionsintensiven Materialien erfolgt, braucht es auch hierfür Standards**. Natürlich tragen energetische Sanierungen dazu bei, dass tendenziell weniger Kosten für das Heizen anfallen. Trotzdem besteht die Gefahr, dass *innen und vor allem armen Haushalten durch anderweitige Steuern oder Sanierungsumlagen steigende Mietkosten entstehen und sie so unterm Strich mehr zahlen müssen. **Damit Sanierungen und höhere Energiepreise nicht Ungleichheit und Armut verstärken**, sollten Vermieter*innen oder die öffentliche Hand dafür aufkommen oder anderweitig ein Ausgleich geschaffen werden.

Um Emissionen durch Neubau zu vermeiden, ist es notwendig, **Wohnraum flexibler zu nutzen und besser zu verteilen**. Wo weiterhin Neubau notwendig ist, sollte dieser sozial und ökologisch gestaltet werden. So gilt es sicherzustellen, **dass Neubau nicht den Profitinteressen dient**, sondern Menschen zugutekommt, die Wohnraum benötigen und diesen aktuell nicht bezahlen können. Bestehender Wohnraum sollte den Zersiedelung vorantreibenden Bau von Eigenheimen vorgezogen werden. **Neu gebaut werden sollte weitgehend mit nachwachsenden und natürlichen Ressourcen** wie Holz und Lehm oder recycelten Materialien, wobei die sortenreine Verarbeitung auch zukünftige Möglichkeiten der Wiederverwendung bietet. Dabei können die Förderung von nachwachsenden Rohstoffen, verbindliche Recyclingquoten sowie sinkende Verbrauchsobergrenzen für klimaschädliche Baustoffe sinnvoll sein.

Um die Notwendigkeit für Neubauten zu verringern und dem ständig steigenden Bedarf an mehr Wohnraum bei extremer Ungleichverteilung zu begegnen, sind **Suffizienz- und Umverteilungsmaßnahmen** notwendig – wenn auch bisher weitgehend vernachlässigt. Durch Maßnahmen zur Förderung suffizienter Wohnstile wie öffentlich organisierter Wohnungstausch oder gemeinschaftliches Wohnen, aber auch durch Abgaben für nicht genutzten Wohnraum, kann die durchschnittliche Wohngröße reduziert und Wohnraum gerechter verteilt werden.

Insgesamt gilt es, den Wohnungs- und Bausektor am Gemeinwohl und an ökologischen Zielen auszurichten – durch Maßnahmen zur Zurückdrängung vor allem am Profit orientierter privater Immobilienkonzerne und steigender Mieten, zur Förderung der Gemeinwohlorientierung im Wohnungssektor und zur Förderung von Bau- und Energiegenossenschaften.

CHECK WOHNEN UND GEBÄUDE

	SPD	Die Grünen	FDP	Ampelkoalition
Zielvorgaben für energetische Sanierung und den Umbau der Heizsysteme hin zu Erneuerbaren	Die SPD setzt darauf, dass der CO_2-Preis Investitionen lenkt und Vermieter*innen zur Modernisierung motiviert. Bis 2030 sollen 5 Mio. Häuser über Wärmepumpen versorgt werden, bis 2050 alle Gebäude mit erneuerbaren Energien beheizt werden.	Die Grünen fordern, dass die Sanierungsquote „sehr schnell verdoppelt und weiter gesteigert“ wird und wollen Erneuerbare bei Eigentümerwechsel und Sanierung verpflichtend machen. Es soll ein Investitionsprogramm von 2 Mio. € bis 2025 für Wärmepumpen geben und auch auch Fern- und Nahwärme sollen dekarbonisiert sowie als verbundene Energiesysteme gefördert werden.	Die FDP formuliert keine Ziele, setzt allein darauf, dass Wasserstoff helfen kann, Fossile zu ersetzen und die Digitalisierung zu mehr Energieeffizienz führt.	Für energetische Gebäudesanierung werden keine Zielvorgaben genannt. Zu Heizsystemen heißt es: 65% Erneuerbare-Energie-Anteil für jede neu eingebaute Heizung ab 2025. Bei Gebäude-aus und -umbauten gilt ab 2024 der EH70-Standard (neue Teile müssen 30% energiesparender sein als Standard-Neubauten). Gesamtziel sind 50% klimaneutrale Wärme bis 2030 (bisher liegt der Erneuerbaren-Anteil hier bei 15%; die Ampel benennt keine klaren Ziele und Maßnahmen zur zusätzlich möglichen Nutzung fossiler Abwärme).
Sanierungen gehen nicht zulasten der Mieter*innen und armer Haushalte	Die SPD fordert, dass die durch den CO_2-Preis anfallenden Mehrkosten bei Sanierungen und für Wärme von den Vermieter*innen getragen werden (Warmmieten-Neutralität).	Die Grünen wollen die Kosten für Sanierungen zwischen Vermieter*innen, Staat und Mieter*innen aufteilen (Drittelmodell) und die Modernisierungsumlage strikt begrenzen. Die Kostensteigerungen für Mieter*innen werden über ein Klimawohngeld für Empfänger*innen von Wohngeld ausgeglichen, für andere jedoch nicht.	Um steigenden Mieten zu begegnen setzt die FDP allein auf eins: „Mehr Bauen.“ Die Partei will Eigentümer*innen entlasten, und nennt keine Maßnahmen zu sozial gerechter Sanierung.	Der CO_2-Preis soll nach einem Stufenmodell nach Gebäudeenergieklasse „fair“ zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen aufgeteilt werden. Ein Teilwarmmietenmodell wird geprüft, in diesem soll die bisherige Modernisierungslage „aufgehen“. Das Wohngeld soll „gestärkt“ und um eine „Klimakomponente“ erweitert werden. Dies wird aber nicht näher bestimmt.
Ausrichtung des notwendigen Neubaus an sozialen und ökologischen Kriterien	Die SPD will einen Markt für klimaneutrale Baumaterialien schaffen, auch durch öffentliche Nachfrage (schrittweise steigend und ab 2030 ausschließlich). Sie plant den Neubau von 100.000 Sozialwohnungen jährlich und ein zeitlich befristetes Mietenmoratorium.	Die Grünen wollen eine „Bauwende“, ein Gebäude-Ressourcen-Gesetz und eine Holzbaustrategie sowie dass alle Neubauten und umfassende Sanierungen klimaneutral erfolgen. Die Partei will neuen Wohnraum schaffen, Mietobergrenzen im Bestand, die Mietbremse entfristen.	Die FDP fokussiert darauf, durch einen Baukosten-TÜV, Liberalisierungen und die Abschaffung von kostenverursachenden Normen das Bauen günstiger zu machen und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Sie nennt keine ökologischen Kriterien.	Vor allem soll mehr gebaut werden, und zwar 400.000 zusätzliche Wohnungen pro Jahr (zuletzt wurden ca. 300.000 gebaut). Davon sollen allerdings nur 100.000 „öffentlich gefördert“ sein. Die Mittel für sozialen Wohnungsbau sollen erhöht werden. Für Neubauten gilt ab 2025 der EH40-Standard (60% energiesparender). Eine Solardachpflicht wird zunächst nur für gewerbliche Neubauten fest eingeführt. Nichts Konkretes findet sich zu Baumaterialien, städtebaulichen Aspekten und Flächenverbrauch.
Förderung suffizienter Wohnstile	Die SPD setzt vor allem auf mehr Neubau, wobei dieser in Teilen sozial gestaltet werden soll. Zu suffizientem Wohnen gibt es keine Vorschläge.	Die Grünen wollen es Mieter*innen erleichtern, Wohnungen samt den bestehenden Verträgen zu tauschen; das Umwandlungsverbot im Baugesetzbuch und den Milieuschutz ausweiten, wollen gegen Fehlnutzungen und spekulativen Leerstand „verstärkt vorgehen“.	Das FDP-Programm steht für das Gegenteil von Suffizienz: mehr Bauen für diejenigen, die es sich leisten können.	Suffizientes Wohnen ist kein Thema im Koalitionsvertrag. Knappheit soll ausschließlich über Neubau reduziert werden.
Stärkung der Gemeinwohlorientierung im Wohnungs- und Bausektor	Die SPD fordert die Einführung einer Wohnungsgemeinnützigkeit und will so ein nicht gewinnorientiertes Segment auf dem Wohnungsmarkt fördern.	Die Grünen wollen Boden- und Immobilienspekulation unterbinden, Wohnungsgesellschaften der Kommunen stärken und für 1 Mio. „gemeinnützige Wohnungen“ in den Städten sorgen.	Die FDP will „Marktkräfte entfesseln“, dadurch mehr Investitionen und mehr Bauen bewirken. Das allein soll soziale und ökologische Ziele erreichen.	Die Koalition kündigt eine „Neue Wohngemeinnützigkeit“ an – ein wichtiger Schritt; gleichzeitig soll diese die „etablierte Wohnungswirtschaft“ nicht benachteiligen. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) soll selbst bauen dürfen. Das KfW-Programm zur sozialen Förderung des Kaufs von Genossenschaftsanteilen soll erhöht werden.

Einordnung: Sozial-ökologische Kämpfe – wo, wenn nicht beim Wohnraum?

Im Wohnungssektor folgt die Koalition dem sozial wie ökologisch fragwürdigen Mantra „bauen, bauen, bauen“. Die energetischen Gebäudestandards werden erhöht, aber Baumaterialien nicht stärker reguliert. Von einer „Bauwende“ kann keine Rede sein, zumal die größeren Fragen eines sozial-ökologischen Städtebaus eher umschifft werden; wo und in welcher Siedlungsdichte die Wohnungen entstehen sollen, wird etwa nicht formuliert. Neubau wird deutlich höher gewichtet als der Umgang mit dem Bestand. Klare Ziele zur energetischen Gebäudesanierung fehlen ebenso wie neue Instrumente gegen steigende Bestandsmieten. Maßnahmen zum suffizienteren Umgang mit Wohnraum stehen nicht im Koalitionsvertrag.

Fraglich ist, ob die Maßnahmen dazu führen, dass Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen wieder bezahlbar wird.

Spannend gerade für stadtpolitische Bewegungen wird die Ausgestaltung der „Neuen Wohngemeinnützigkeit“. Wenn diese wirklich im großen Stile gemeinnützige Träger*innen fördern soll, kann sie kaum dem gleichzeitig formulierten Anspruch gerecht werden, gewinnorientierte Wohnungskonzerne nicht zu „benachteiligen“. Ebenso lohnt es sich hinzuschauen, wenn die Verteilung von energetischen Sanierungskosten und CO_2-Preis zwischen Vermieter*innen und Mieter*innen geregelt wird.

Die Ampel versucht in diesem Sektor den Spagat zwischen sozialen, ökologischen und kapitalistischen Interessen – die lassen sich aber nicht alle gleichermaßen bedienen. Hier wird es wichtig für Klima- und stadtpolitische Bewegungen zusammenzustehen und sich gemeinsam für sozialökologische Städte einzusetzen.

ZUM WEITERLESEN

→ **Statement Architects4Future**
https://www.architects4future.de/statement

→ **CO_2-neutral bis 2035. Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5-°C-Grenze**
Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
European Environmental Bureau
https://epub.wupperinst.org/files/7606/7606_CO2-neutral_2035.pdf

→ **Verbietet das Bauen! Eine Streitschrift**
Daniel Fuhrhop
https://www.verbietet-das-bauen.de/buch/

→ **Gerechte Wohn- und Raumplanung**
Klimaplan von unten
https://klimaplanvonunten.de/de/worapla

FAZIT

FAZIT

Für Klimagerechtigkeit streiten – jetzt erst recht!

Die Klimagerechtigkeitsbewegung hat wesentlich dazu beigetragen, die Klimakatastrophe weit oben auf die Agenda der öffentlichen Debatte und auch der neuen Ampelregierung zu setzen. Doch das ist kein Grund zum Ausruhen. Klimagerechtigkeit wird die Ampel nicht bieten. Daher muss umso mehr darum gekämpft werden.

Unser Klimagerechtigkeits-Check zeigt nicht nur die vielfältigen Lücken und Fallstricke der ökologischen Modernisierung, wie sie die Ampel verfolgt , sondern auch, wo es offene Flanken, interne Uneinigkeit und umstrittene Politikbereiche gibt. Hier lohnt es sich besonders zu intervenieren, die Regierung unter Druck zu setzen und für gesellschaftliche Alternativen zu kämpfen. Auch und gerade wenn das 1,5 °C-Limit nicht eingehalten werden sollte und sich die Folgen der Klimakrise zuspitzen, kommt es auf eine Bewegung für soziale Gerechtigkeit und Solidarität an.

Es braucht den Einsatz aller, und zwar nicht nur als Wählende, sondern vor allem als Aktive, die sich in allen gesellschaftlichen Teilbereichen für eine demokratische, soziale und klimagerechte Gesellschaft einsetzen und damit Teil der globalen Bewegungen werden, die sich gegen die Zerstörung stellen und Alternativen aufbauen. Veränderung entsteht durch Druck von unten – auf der Straße, in den Betrieben, in vielfältigen Initiativen für ein gutes Leben für alle. Gemeinsam verschieben wir den Rahmen dessen, was realpolitisch möglich ist – auch dessen, was in den vier Jahren einer Ampel-Regierung möglich ist.

IMPRESSUM

Herausgegeben vom

Konzeptwerk Neue Ökonomie
Klingenstr. 22, 04229 Leipzig
www.konzeptwerk-neue-oekonomie.org

Autor*innen

Lasse Thiele
Ruth Krohn
Matthias Schmelzer

Mitarbeit und Unterstützung

Charlotte Hitzfelder
Kai Kuhnhenn
Eva Mahnke
Ronja Morgenthaler
Anne Pinnow

Fotocredits

Fridays for Future Demo in Leipzig am 29.11.2019 Foto von Tim Wagner (Cover), freepik (S. 3, 7, 32, 44, 45)

Gestaltung

Studio Oase, www.studio-oase.de
Diana Neumerkel

Wir arbeiten kritisch, konstruktiv & konsequent für ein gutes Leben für Alle – Euch gefällt, was wir machen?

Dann unterstützt unsere Arbeit: www.knoe.org/foerdern

konzeptwerk
neue ökonomie

Gefördert durch die European Climate Foundation.